

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

2

VIII. Jahr

Friedrichshafen, Februar 1968

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21

Etwas Gutes hat die Große Koalition gebracht: Sie hat den Einigungsbestrebungen der außerparlamentarischen Opposition einen mächtigen Auftrieb gegeben. Nachdem sich in Baden-Württemberg die Demokratische Linke als ein politisches Bündnis der außerparlamentarischen Kräfte gegen die Politik der Großen Koalition gebildet hat, traten sich am 3. Februar in Offenbach die sozialistischen Gruppen, die ihren Standort links von der SPD eingenommen haben, zu einem Kongreß des „Sozialistischen Zentrums“, an dem rund 1200 Sozialisten teilnahmen. Das auffallendste an diesem Kongreß war dabei die große Beteiligung junger Arbeiter und Studenten. Von ihnen wurde eine lebhafte Diskussion entfacht über den Entwurf, der unter dem Kennwort „Sozialistische Alternativen“ ein Kontrastprogramm zur Politik der Großen Koalition darstellt.

Es gab zwar eine Reihe Auseinandersetzungen über Formulierungen des Alternativprogramms, aber im Hintergrund stand doch die Frage, ob die Februar-Konferenz des Sozialistischen Zentrums als Geburtsstunde einer sozialistischen Partei in der Bundesrepublik angesehen werden soll. Besonders die Studenten

opponierten gegen eine solche Parteidgründung und vertraten die Meinung, daß eine Institutionalisierung der außerparlamentarischen Opposition politische Aktionen der Studenten und Gewerkschaften erschweren könnte. Fast einstimmig nahm der Kongreß jedoch einen Aufruf an, der den Inhalt des Aktionsprogramms zusammenfaßt und als Ergebnis feststellt, daß zur Durchsetzung der politischen Forderungen das Sozialistische Zentrum gemeinsam mit allen Kräften der demokratischen und sozialistischen Opposition in den Bundeswahlkampf 1969 eingreifen wird.

Jetzt geht es um Alternativen

demokratischen und sozialistischen Opposition in den Bundeswahlkampf 1969 eingreifen wird.

Die Frage, ob die außerparlamentarische Opposition eine parlamentarische Vertretung braucht, entscheidet noch nicht darüber, ob das über den Weg einer neuen Partei oder über ein Wahlbündnis zu geschehen hat. Tatsache ist jedoch, daß die außerparlamentarische Opposition bei politischen Aktionen von einer Parlamentsfraktion unterstützt werden kann und daß umgekehrt eine noch so bescheidene Vertretung im Parlament ein besonderes Gewicht erhält durch politische Aktionen außerhalb des Parlaments. Dazu kommt, daß in einer parlamentarischen Demokratie, sei sie noch so entartet, der Stimmzettel einer der politischen Hebel ist, mit dem zwar der Wähler eine gesellschaftliche Ordnung nicht aus den Angeln heben, aber seine Meinung demonstrieren kann.

Für den Gewerkschalter ist bemerkenswert, daß sich die Offenbacher Konferenz vorbehaltlos hinter die Forderungen der Gewerkschaften stellte und die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des Sozialistischen Zentrums identisch sind mit dem Grundsatz- und Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Es kommt nur darauf an, daß sich das Sozialistische Zentrum zu einem Kristallisierungspunkt des gemeinsamen Widerstandes aller sozialistischen und demokratischen Kräfte gegen die sozialreaktionäre Politik der Großen Koalition entwickelt.

■ Bonn-Marsch der Notstandsgegner	2
Das Buhlen um den Wähler beginnt	3
Gewerkschaften und Parteien	4
■ Zum erstenmal Bildungslaub	5
IG Chemie fordert 7 Prozent	7
Kursgewinne wie selten	8
■ Vor den Gewerkschaftstagtagen	10
Tauziehen um Rheinstahlplan	14
Arbeitswerttheorie von Marx	16
Von Berufsplanung keine Rede	18

PENSIONSVERTRETER

Daß es im Bundestag noch immer Abgeordnete gibt, die sich als Volksvertreter fühlen und manchmal auch so handeln, soll jetzt aufhören. Das bringt für die wahren Manager der Macht nur immer wieder Ärger. Zum Beispiel, weil dann doch der eine oder andere Abgeordnete gegen so unpopuläre Dinge wie etwa die Notstandsgesetze stimmen könnte. Aber wer nicht dem Volk verpflichtet ist, braucht aufs Volk auch nicht zu hören.

Einen Souverän jedoch, dem er sich innerlich verpflichtet fühlt, braucht auch ein Abgeordneter. So soll jetzt eine Abgeordnetenpension eingeführt werden, wenn einer dem Bundestag zwei Legislaturperioden und länger angehört. Sie wird der neue Souverän sein. Denn wer ihm nicht gehorcht (sprich: politisch nicht spurt), wird ein erneutes Mal kaum wieder in den Bundestag gelangen und auf die staatliche und stattliche Pension verzichten müssen.

So kann es denn passieren (oder ist es sogar beabsichtigt?), daß aus den Volks-Pensionsvertreter werden.

okolus

Unbeugsam

Der Vietnamkrieg ist in diesen Wochen durch die militärischen Sturmaktionen der Vietnamesischen Befreiungsfront auf die Städte und amerikanischen Stützpunkte wieder stärker in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gedrungen. Es ist jetzt klarer denn je, daß dieses Volk sich niemals wird von den amerikanischen Eindringlingen unterwerfen lassen. Was sich in Südvietnam abspielt, ist nicht eine Frage von Armeen, Kanonen und Strategie, sondern einzig und allein die Frage von Freiheit oder neokolonialer Versklavung.

Die Bevölkerung Südvietnams hat sich für Freiheit und die Vertreibung der amerikanischen Fremdlinge und Aggressoren entschieden. Sie hat lange Jahre gegen die französische Kolonialmacht gekämpft und deren Niederlage herbeigeführt, und es ist illusorisch, anzunehmen, sie werde sich schließlich den US-amerikanischen Expeditionskorps unterwerfen. Daß die Sympathie und Unterstützung des vietnamesischen Volkes der Nationalen Befreiungsfront (Vietkong) gehört, dürfte nach deren schlagartigen Aktionen gegen die US-Armee nunmehr ganz außer Zweifel stehen. Alle Beteuerungen, daß sich die Lage in Südvietnam im Sinne Washingtons zu „stabilisieren“ beginne, sind als Zweckmeldungen erkannt. Die Nationale Befreiungssarne diktiert den Amerikanern Ort, Umfang und Zeitpunkt der Schlachten. Das kann sie nur, weil sie ein Höchstmaß an Vertrauen in der Bevölkerung genießt und aus dieser bzw. den Reihen der Regierungstruppen immer neuen Zulauf kampfentschlossener Männer bekommt.

Die Ereignisse der letzten Wochen in Vietnam haben in der ganzen Welt zu noch größerer Bewunderung und Sympathie für den beispiellosen Befreiungskampf des südostasiatischen Volkes geführt. Im gleichen Maße jedoch ist die Verachtung der beispiellosen Feigheit, mit der sich die amerikanische Supermacht auf ein kleines Dschungelvolk stürzt, gestiegen. Schon unter Schulkindern gilt die Regel, daß „zwei gegen einen“ feige ist; in Vietnam kämpft die perfektste Mordmaschine der Geschichte, was die militärische Feuerkraft betrifft, im Verhältnis „zweihundert gegen einen“ und kann ihn nicht bezwingen. Freiheitswille ist doch stärker als Kanonen.

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik müssen, dem Grundsatz der Solidarität mit den Unterdrückten folgend, sich noch entschlossener als bisher an die Seite der weltweiten Protestbewegung gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam stellen. Es ist jetzt die Zeit gekommen, daß die Friedenskräfte in allen Ländern ihre gesamte Kraft aufbieten, um den amerikanischen Weltgendarmen in die Schranken zu weisen.

Bonn-Marsch der Notstandsgegner

Aufforderung des Kuratoriums Notstand der Demokratie Scheingefechte der SPD — Aufklärungsschrift der IG Metall

Das Kuratorium Notstand der Demokratie, das in Frankfurt am Main als Koordinationszentrum der außerparlamentarischen Notstandsopposition fungiert, hat alle Notstandsgegner aufgefordert, sich schon jetzt auf einen Sternmarsch nach Bonn zu der für das Frühjahr oder den Sommer erwarteten zweiten Lesung der Notstandsgegesetze im Bundestag vorzubereiten. Falls die Kritik der Sachverständigen und Gewerkschaften in den Hearings vom Parlament ignoriert werde, erklärt das Kuratorium, müßte die Masse der Kritiker selbst nach Bonn gehen, um zu protestieren.

Der Sternmarsch wird als die größte politische Demonstration angekündigt, „die das Rheinstädtchen je gesehen hat“. Sie sollte zeigen, „daß es im Volk keine Zweidrittelmehrheit für die Notstandsgegesetze gibt“. Gleichzeitig drückt das Kuratorium seine Enttäuschung über die Ergebnisse der SPD-Klausurtagung zum Thema Notstandsverfassung aus. Die angeblichen Bedenken und Änderungswunsche der SPD-Fraktion im Bundestag seien so unklar, daß sie ins Leere stößen, weil keine Beschlüsse gefasst und keine unabdingbaren Abänderungsforderungen aufgestellt wurden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte Mitte Januar in einer zweitägigen Konferenz, angesichts des unbeugsamen Widerstands der Gewerkschaften und aller anderen Notstandsgegner, nach Möglichkeiten gesucht, diesen Widerstand mit optischen Zugeständnissen in der Form abzuschwächen. So ging es in den Diskussionen in der Fraktion um das Suchen neuer Kriterien für das Wirksamwerden des geplanten Notparlaments, der Dienstverpflichtungen, Post- und Telefonkontrolle sowie anderer Grundrechtsentäußerungen. In allen Fällen ging es nicht um die grundsätzliche Ablehnung der Preisgabe demokratischer Rechte und Funktionen, sondern nur um die Art und Weise dieser Preisgabe. Da überdies keine Beschlüsse gefasst wurden und der Fraktionssprecher Franke erklärte, die SPD werde wegen der Notstandsgegesetze nicht die Koalition mit der CDU/CSU gefährden, kann diese Tagung nur als Täuschungsversuch der gewerkschaftlichen Notstandsgegner und faktische Bestätigung der Absicht, die Aushöhlung des Grundgesetzes weiter zu verfolgen, gewertet werden.

Bedauerlich ist jedoch, daß die „Welt der Arbeit“ mit einem Interview des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Martin Hirsch in Nr. 4 vom 26. 1. 1968 den Eindruck zu erwecken sucht, als habe sich die Partei die Argumente des DGB in der Notstandsfrage zu eigen gemacht. Nach Klaus Jelonneck, dem Interviewer, sieht jetzt die „Notstandswelt in Bonn“ anders aus. „Jedenfalls bei den Sozialdemokraten.“ Und er folgert kühn: „Auf den ersten Blick wirken die meisten Punkte der neuen Notstands-Konzeption ganz

passabel.“ Man merkt die Absicht und ist verstimmt.

Sollte Jelonneck, der seit eh und je bemüht ist, den Gewerkschaften Notstandsangebote unterzu{jubeln, noch immer nicht begriffen haben, daß für den DGB Notstandsgegesetze erst dann „passabel“ erscheinen, wenn sie vom Tisch sind — im Papierkorb?! In dieser Weise haben sich seit Jahresbeginn auf zentralen DGB-Kundgebungen erneut die Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Stephan und Reuter, geäußert.

Die IG Metall hat kürzlich eine dritte Broschüre zur Kritik der Notstandspläne der Bundesregierung mit dem Titel „Perfekter Notstand“ vorgelegt. Sie enthält die kritische Stellungnahme der Gewerkschaft zu Entwurf eines Arbeitssicherstellungsgesetzes und zu den Aenderungsentwürfen zu den bereits verabschiedeten Sicherstellungsgesetzen (Wirtschafts-, Verkehrs- und Ernährungssicherstellungsgesetz), die im Oktober vorigen Jahres das Parlament passierten. „Die Sicherstellungsgesetze behaufen den Bürger nach wie vor als Objekt der Exekutive“, erklärt die IG Metall. „Sie sind und sollen bleiben ein Teilstück perfektionistisch ausgewachsener Notstandsvorsorge in den Händen einer übermächtigen Exekutive.“

Eingehend beschäftigt sich die Broschüre der IG Metall mit dem sogenannten Arbeitssicherstellungsgesetz, das die angestrebten Dienstverpflichtungen regeln soll. Dabei wird besonders die in § 3 Abs. 2 vorgesehene Generalklausel kritisiert, die es der Bundesregierung erlauben würde, die gesamte Arbeitswelt mit Zwangsarbeit zu überziehen. Die IG Metall wendet sich scharf gegen diese Möglichkeit, die die Entwurf zur Einschränkung des Streikrechts bietet. Die Kritik gipfelt in der Feststellung, daß der Entwurf des Arbeitssicherstellungsgesetzes auf eine Militarisierung des Arbeitslebens zielt, unter der die gewerkschaftliche Arbeit faktisch lahmgelangt werden könnte.

Auch diese Broschüre, wie schon zwei frühere, wird in mehreren hunderttausend Exemplaren vertrieben und wird in helfen, die Front der bedingungslosen Gegner der Notstandsgegesetze zu stärken.

Das Buhlen um den Wähler beginnt

„Perspektiven“ der SPD und „Aktionsprogramm“ der CDU Praktische Politik im Widerspruch zu den Versprechungen

CDU und SPD haben mit der Veröffentlichung eines „Aktionsprogramms“ bzw. von „Perspektiven“ die Bundestagswahlen 1969 angepeilt. Sowohl die CDU als auch die SPD entwickeln in ihren Programmen ein Feuerwerk politischer, wirtschaftlicher und sozialer Versprechen und Forderungen, die nach dem Motto „Wie hätten Sie es denn gern?“ unverkennbar darauf abgestimmt sind, den Wähler zu umgarneen. Wenn beide Parteien Frieden, Entspannung, wirtschaftliche Stabilität, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, bessere Bildungsmöglichkeiten usw. versprechen bzw. fordern, so muß man fragen: Ja, wer regiert denn eigentlich in Bonn?

Es muß den Leser dieser parteipolitischen Plattformen äußerst skeptisch stimmen, wenn er darin beide Regierungsparteien nach Dingen rufen sieht, die sie doch — im Besitze der politischen Macht — nur zu beschließen brauchten, damit sie Wirklichkeit werden. Die CDU insbesondere hatte rund zwei Jahrzehnte Gelegenheit, den im Aktionsprogramm versprochenen Himmel auf Erden zu errichten. Die SPD ist wiederum klug genug, ihre Versprechen „in die siebziger Jahre“ zu projizieren. Bis dahin fließt nämlich noch viel Wasser den Rhein hinab.

In der politischen Realität aber zählt nur, was hier und heute getan wird, und das ist, die Arbeitnehmer haben es in den Betrieben und Lohntüten erfahren, sehr dürfzig. Darum kann nur das Verhalten von heute Maßstab für die Glaubwürdigkeit jetzt und in Zukunft sein. Im übrigen schweigen sich die Parteien nicht ohne Grund über die Kostenfrage aus. Sie geben ungedeckte Wechsel auf die Zukunft. Denn soviel ist sicher: Mit dem gegenwärtigen politischen Kurs der Rüstung und Notstandsvorbereitung bleibt bestimmt kein Pfennig für die Realisierung einer sozial fortschrittlichen Politik übrig.

„Perspektiven“ — aber wie verwirklichen?

Der Entwurf einer „politischen Plattform“ der SPD verfolgt zweifellos auch die Absicht, die wachsende Mißstimmung in den Mitgliederkreisen über die Politik der Großen Koalition zu besänftigen. In dieser Dokumentation, die den Titel „Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“ trägt, hat die Partei Zielsetzungen dargelegt. Danach will sie u. a. das wirtschaftliche Wachstum fördern, um Arbeitsplätze zu sichern und den Arbeitnehmern, wie es in dem Dokument heißt, „zeitgerechte“ Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Im Zuge einer fortschrittlichen Sozialpolitik sollen die Arbeitnehmer vor nachteiligen Folgen des technischen Fortschritts und der Automation geschützt werden. Weiter taucht in den Diskussionsgrundlagen auch die SPD-Forderung nach einer Volksversicherung wieder auf, und es wird weiter verlangt, die starren Altersgrenzen in der Rentenversicherung den sozialen und gesundheitlichen Bedürfnissen der Versicherten anzupassen.

Der umfangreiche Katalog sozial- und gesellschaftspolitischer Forderungen entpuppt sich aber als eine Täuschung: Die Initiatoren dieses politischen Dokumentes verzichten nämlich großzügig darauf, sich darüber auszulassen, wie diese „Wohlstandsperspektiven“ verwirklicht werden sollen. Wenn sich die Sozialdemokratische Partei nicht

gleichzeitig dazu versteht, sich von ihrem Koalitionspartner CDU/CSU zu trennen und eine neue, auf die Erhaltung des Friedens und den Wohlstand des Volkes ausgerichtete Politik einzuleiten, bleibt die „politische Plattform“ ein Stück Papier.

Zwar werden in dem Dokument die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften als notwendige Voraussetzungen zur Bewältigung des technischen Fortschritts bezeichnet und wird von dem tiefen Mißverhältnis bei der Vermögensbildung in der Bundesrepublik gesprochen, aber über die Voraussetzungen zur Verwirklichung dieser durchaus vernünftigen Forderungen, nämlich die Änderung der wirtschaftlichen und politischen Machtstruktur der Bundesrepublik, schweigt sich das Programm aus. Im übrigen ist es bezeichnend, daß in der „politischen Plattform“ der SPD von „Perspektiven“ die Rede ist, obwohl es sich um Forderungen handelt, die heute und morgen, und nicht erst in ferner Zukunft, realisiert werden müssen.

Insbesondere aber wird die sozialdemokratische Parteiführung die Frage beantworten müssen, wie sie die zig-Milliarden-Versprechungen realisieren will, wenn sie gleichzeitig die ruinöse Rüstungs- und Notstandspolitik nicht aufzugeben gedenkt. eg

CDU-Versprechen

Die CDU, die in der Bundesrepublik seit zwanzig Jahren als Regierungspartei die Geschäfte des Großkapitals besorgt, hat den Entwurf eines Aktionsprogramms vorgelegt. Es soll der Partei dazu verhelfen, bei den Bundestagswahlen 1969 wieder die absolute Mehrheit im Parlament zu gewinnen. Das Aktionsprogramm soll als eine „Antwort auf die Herausforderung des Kommunismus“ verstanden werden, so daß auf dem Papier über Gebühr auch wieder die in der politischen Praxis so sehr mißachteten „Grundsätze christlichen Glaubens und Denkens“ strapaziert werden.

Ihre Vorschläge zur Verbesserung der Verhältnisse in der Bundesrepublik kann man nur als reine Demagogie bezeichnen, denn wenn nach 18 Jahren CDU-Herrschaft nach dem Aktionsprogramm noch so viel zu verbessern ist, kann es doch nur an dem Versagen der Partei liegen, die bis heute die Richtlinien der Politik in der Bundesrepublik bestimmt hat. Die Feststellung im Entwurf, daß sich „die Grundsätze der Union in der politischen Praxis bewährt haben“, ist eine Behauptung, die man angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Kosten nach den „bewährten Grundsätzen der CDU“ auf die Schultern der breiten Masse abgewälzt werden, nur als unverfroren bezeichnen kann. An dieser Methode soll aber nichts geändert werden, denn in dem Entwurf heißt es, daß die obersten Grundsätze der CDU, die „Freiheit des Wirtschaftens“ und die „Freiheit unternehmerischer Entscheidung“ bestehen bleiben sollen.

Dabei soll die Konzernbildung als notwendige Umwandlung der Unternehmensstruktur stärker als bisher begünstigt und — gewissermaßen als sozialpolitisches Feigenblatt gedacht — die „breiten Schichten unseres Volkes“ sollen an der Kapitalbildung beteiligt werden. Wie wenig „christlich-sozial“ der Inhalt des Programmentwurfs ist, geht u. a. daraus hervor, daß das Aktionsprogramm eine „Direktbeteiligung“ der Versicherten an der sozialen Krankenversicherung fordert. Außerdem wird die Besteuerung der Renten gefordert.

Der Programmentwurf ist nichts anderes als der Versuch, durch den Mißbrauch der Worte „christlich“ und „sozial“ die Herrschaft der CDU/CSU, die in den letzten Jahren fragwürdig geworden war, durch einen Wahlerfolg abzusichern, um sich von sozialdemokratischen „Stützungsaktionen“ unabhängig zu machen. Es sollte der CDU aber nicht gelingen, bei den Arbeitern und Angestellten in der Bundesrepublik vergessen zu machen, daß sie die Verantwortung dafür trägt, wenn der Sozialhaushalt der Bundesrepublik von Jahr zu Jahr abgebaut wird, während die Rüstungskosten steigen. -er

Gewerkschaften und Parteien

Vilmars Thesen zum Engagement der Gewerkschaften Opposition in der SPD braucht Hilfe von außen

Die Beteiligung sozialdemokratischer Minister an der Regierung der Großen Koalition bedeutet, daß sich die SPD dazu hergegeben hat, zusammen mit der CDU/CSU die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik zu stabilisieren. Das ist kein einmaliger Vorgang. Wiederholt hat die Sozialdemokratische Partei in ihrer Geschichte nach Bebel und Liebknecht in den Krisenzeiten die Rolle eines „Ärztes am Krankenbett des Kapitalismus“ übernommen. Das war so 1918 während der November-Revolution und in den Jahren der Weimarer Republik, und das wiederholte sich 1945, als sich die Partei in Westdeutschland für die Wiederherstellung der formalen parlamentarischen Demokratie ohne Demokratisierung der Wirtschaft entschieden hatte und bereitwillig den militanten Antikommunismus Kurt Schumachers akzeptierte.

Die Politik der Gemeinsamkeit mit der sozial- und gesellschaftspolitisch reaktionären CDU/CSU, die ihren vorläufigen Abschluß in der Kiesinger/Brandt-Regierung gefunden hat, ist lediglich eine Konsequenz der vom Opportunismus geprägten Politik des SPD-Parteivorstandes und der Mehrheit der Bundestagsfraktion.

Je sichtbarer aber die SPD als „Stabilisierungsfaktor“ in Erscheinung tritt, desto tiefer wird der Widerspruch zwischen Parteiführung und den Mitgliedern und besonders den Gewerkschaftern. Vom „Unbehagen“ in den oberen „Funktionärsetagen“ bis zu offenen Kampfansagen zahlreicher Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, reicht die Frontstellung gegen die Politik des Parteivorstandes. Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Gewerkschafter als Sammlung der Kräfte in der SPD, die den politischen Kurs der Partei wieder auf eine sozialistisch-demokratische Linie zwingen wollen, ist ein deutliches Zeichen dieser sich zunehmend verschärfenden Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften.

Damit aber gewinnt die Frage, wie es den Gewerkschaften möglich wird, ihren Einfluß auf die Politik der SPD wirksam werden zu lassen, höchste Aktualität. Fritz Vilmar, bekannt durch sein Buch „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“ und zahlreiche Veröffentlichungen zu Gewerkschaftsfragen, hat in der Dezember-Nummer der Gewerkschaftlichen Monatshefte „Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften“ veröffentlicht, die große Beachtung nicht nur in den Gewerkschaften gefunden haben.

Vilmar geht zunächst von der Überlegung aus, daß die außerparlamentarische Opposition zwar eine wichtige Funktion bei der politischen Bewußtseinsbildung in der Bundesrepublik habe, jedoch nicht als eine neue Partei verstanden werden könne. Dagegen spricht er sich für eine Mobilisierung der „Potenzen im linken Flügel“ von SPD und CDU aus. Die Arbeitnehmerschaft, so fordert er, müsse in den großen Parteien aktiver und profiliert in Erscheinung treten. Dafür sei aber notwendig, neben dem

DGB-Grundsatzprogramm und dem Aktionsprogramm ein aktuelles politisches Schwerpunktprogramm zu formulieren. Und er entwickelt dazu auch Thesen, die zweifellos als eine brauchbare Grundlage aktiver Gewerkschaftspolitik angesehen werden können.

Bemerkenswert ist, daß sich die Vorschläge Vilmars nicht allein im Sozialen erschöpfen, sondern sich darüber hinaus auf die grundsätzlichen politischen und gewerkschaftspolitischen Probleme erstrecken, aus der Erkenntnis, daß soziale und gesellschaftliche Forderungen der Gewerkschaften nur verwirklicht werden können bei einer Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik.

Kritisch betrachtet werden muß aber die Auffassung Vilmars, daß eine parteipolitische Sammlung links von der

SPD in eine „Sackgasse“ führe. Es ist doch eine Tatsache, daß der Parteivorstand und der Parteapparat der Sozialdemokratischen Partei mit in der Regel durchaus undemokratischen Mitteln verstanden haben, die Kräfte aus der Partei zu entfernen, von denen sie fürchten mußten, es könne ihnen gelingen, die Opposition innerhalb der Partei zusammenzuführen, um sie gegen die Politik des Parteivorstandes zu mobilisieren. Darum wird es schwierig sein, nach der schon aus der Weimarer Zeit bekannten Lösung „Zwingt die Bonzen!“ eine Änderung der sozialdemokratischen Politik allein durch die innerparteiliche Opposition zu erreichen.

Ohne das zu vernachlässigen, was Vilmar zweifellos mit Recht fordert, nämlich den Einfluß der Arbeiterschaft in der Partei zu stärken, scheint es ebenso notwendig, das politische Va-kuum links von der SPD auszufüllen, um denen eine Alternative zu bieten, die bei den kommenden Wahlen durch die Abgabe ihres Stimmzettels der Parteiführung klarmachen wollen, daß sie sich nicht mehr durch die Sozialdemokratische Partei vertreten fühlen. So ist es auch möglich, die Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei von außen zu unterstützen und die Parteiführung zu einer Änderung ihrer Politik zu zwingen.

Der Vorschlag Vilmars wird gewiß eine lebhafte Diskussion hervorrufen, und es wird sich als notwendig erweisen, auch in den NACHRICHTEN noch einmal die Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften kritisch unter die Lupe zu nehmen.

H. S.

Gute Gewerkschafter in die Betriebsräte!

Die Betriebsratswahlen 1968, die in diesen Tagen beginnen, stehen unter einem besonderen politischen Aspekt: Der rücksichtslose Abbau betrieblicher Sozialleistungen durch die Unternehmer im vergangenen Jahr hat bei den Arbeitern und Angestellten die Illusion von der „Sozialpartnerschaft“ weitgehend zerstört und die Erkenntnis gefördert, daß auch die technische und organisatorische Entwicklung in den Betrieben den Interessenkonflikt zwischen Unternehmer und Belegschaft nicht aufhebt. Deutlicher denn je ist für den Arbeitnehmer geworden, daß ohne eine starke Gewerkschaft, deren Kraft über den Betriebsrat bis in die Betriebe spürbar wird, die soziale Sicherheit nicht möglich und der Kampf um einen größeren Anteil am Sozialprodukt erfolglos ist.

Der Betriebsrat kann darum nicht in den Betrieben die Rolle eines Vermittlers zwischen Belegschaft und Unternehmer spielen, eine Aufgabe, auf die

die Unternehmer den Betriebsrat festlegen wollen, sondern er hat in dem Interessenkonflikt zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer die Belegschaft zu vertreten. Das wird aber der Betriebsrat um so wirkungsvoller können, je uneingeschränkter er sich auf eine Gewerkschaft stützen kann, die nicht nur außerhalb des Betriebes vorhanden ist, sondern sich dem Arbeitnehmer auch im Betrieb zeigt. Die Erfahrungen der letzten Monate haben bewiesen, daß dem Arbeiter und Angestellten an sozialem Besitzstand mit Sicherheit geblieben ist, was über die Gewerkschaften in einem Tarifvertrag geregelt wurde. Ohne auf die Notwendigkeit sozialer Verbesserungen über Betriebsvereinbarungen zwischen Unternehmer und Betriebsrat zu verzichten, darf man diese Tatsache nicht übersehen.

Die Aufgaben der Betriebsräte sind nicht nur schwerer geworden, weil Rationalisierung und Automatisierung in den Betrieben neue und schwierige Probleme aufwerfen, sondern auch,

weil sich nach Bildung der Großen Koalition die sozialen Spannungen verschärft haben. Das heißt aber, daß der Betriebsrat auch im Betrieb mit den Konsequenzen der sozialeinidlichen Politik der Bundesregierung konfrontiert wird. Wirtschaftliche und soziale Fragen sind in unserer Zeit unmittelbarer zu politischen Fragen geworden, und das politische Engagement der Betriebsräte wird darum um so zwingender. Die Betriebsräte können sich nicht von der Politik distanzieren, wie es ihnen so gerne von außen angeraten wird. Die Wahrnehmung nur wirtschaftlicher Interessen im Betrieb würde sie zu einem Stabilisierungsfaktor innerhalb der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung machen. Damit aber würden sie ihrer Aufgabe nicht gerecht, zusammen mit den Gewerkschaften die Forderung des Arbeitnehmers auf eine gleichberechtigte Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft zu verwirklichen.

Diese Überlegungen sollten Arbeiter und Angestellte veranlassen, Männer und Frauen in den Betriebsrat zu wählen, die neben ihrer charakterlichen und fachlichen Qualifikation von ihren gewerkschaftspolitischen Aufgaben überzeugt sind.

sr

SOZIALWAHLEN 1968

Bereits in der letzten Ausgabe der NACHRICHTEN wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Sozialwahlen 1968 intensiver und umfassender vorzubereiten, als das bei früheren Sozialwahlen der Fall war. Wie begründet dieser Hinweis ist, ergibt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, daß sich bei den vorangegangenen Wahlen in der Regel nicht mehr als 25 Prozent der wahlberechtigten Arbeitnehmer an den Wahlen für die Vertreterversammlung der Versicherungsträger beteiligten. Lediglich bei den Betriebskrankenkassen-Wahlen gab es eine höhere Beteiligung. Das aber ist ein Beweis dafür, daß eine bessere Wahlbeteiligung durchaus zu erreichen ist, wenn Gewerkschaften und Organe der Versicherungsträger sich um eine engere Verbindung mit den Wahlberechtigten, besonders durch ausreichende Informationen, bemühen.

Dazu könnte eine umfassendere Berichterstattung über die Arbeit der Vertreterversammlungen in den Sozialversicherungen dienen, die dadurch erleichtert ist, daß infolge einer Änderung des Selbstverwaltungsgesetzes grundsätzlich die Öffentlichkeit der Vertreterversammlungen festgestellt wurde. Es ist aber notwendig, daß diese Änderung auch praktiziert und die Einberufung von Vertreterversammlungen rechtzeitig unter Angabe der Tagesordnung bekanntgemacht wird.

Bö.

Zum ersten mal „Bildungsurlaub“

Erster Erfolg der IG Metall in Bayern
Neuer Manteltarifvertrag für 380 000 Arbeiter

Der Industriegewerkschaft Metall ist es im Tarifgebiet Bayern gelungen, zum erstenmal einen sogenannten Bildungsurlaub durchzusetzen. In dem jetzt nach vielen Komplikationen ausgehandelten neuen Manteltarifvertrag für die rund 380 000 Arbeitnehmer der bayerischen Metallindustrie wurde — zum erstenmal in der Bundesrepublik — eine „unbezahlte Freistellung für Aus- und Weiterbildung“ für die Dauer bis zu zwei Wochen jährlich festgelegt.

Allerdings kann von dieser Möglichkeit nur ein kleiner Teil der interessierten Arbeiter und Angestellten Gebrauch machen, wie der einschränkenden Formulierung des MTV zu entnehmen ist: „Die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, daß von der unbezahlten Freistellung für Aus- und Weiterbildung nicht mehr als 1 Prozent der Arbeitnehmer eines Betriebes pro Jahr Gebrauch machen werden. Der Arbeitgeber ist von der beabsichtigten Freistellung rechtzeitig unter Angabe von Zeitpunkt, Dauer und Ort der Veranstaltung zu verständigen, damit die betrieblichen Belange darauf abgestellt werden können.“

Weiter wurde vereinbart, den Lohngruppenschlüssel für die unteren Gruppen I bis III und verschiedene Ortsklassen in der bayerischen Metallindustrie um jeweils 1 Prozent anzuheben. Arbeit am Fließband wird künftig grundsätzlich nach den Vorschriften für die Akkordentlohnung bezahlt werden. Die IG Metall hat ihrerseits das Zugeständnis gemacht, die tägliche Kündbarkeit der Lohn- und Gehaltsverträge aufzuheben und die laufenden Tarifverträge bis zum 15. Mai 1968 zu verlängern.

Nach der Einigung auf den neuen Manteltarifvertrag für die bayerischen Metallarbeiter sollen nunmehr auch die Verhandlungen über Forderungen der IG Metall zum Manteltarifvertrag der Angestellten aufgenommen werden. Die Neuregelungen für Arbeiter wurden am 1. Februar dieses Jahres wirksam.

Die Vereinbarung des unbezahlten 14-tägigen Bildungsurlaubs, mit dem tarifpolitisches Neuland betreten wurde, ist zweifellos das herausragende Ergebnis der Manteltarifvertrags-Verhandlungen in Bayern, die in der Endphase gegen der erbitterten Widerstand der Unternehmer durchgeföhnt werden mußten. Nachdem der Verband der Bayerischen Metallindustrie das Vertragswerk wegen des Bildungsurlaubs zunächst abgelehnt hatte, sah er sich am 17. Januar unter dem Druck der für den 29. und 30. Januar ange setzten Urabstimmung über gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zum Nachgeben gezwungen. In einer Stellungnahme erklärte der Arbeitgeber verband: „Das neue Vertragswerk ist

eine Kompromißlösung, die im Interesse der Erhaltung des Arbeitsfriedens zustande gekommen ist... Beim Bildungsurlaub ist die Forderung der Arbeitgeber nach einer zahlenmäßigen Begrenzung der Teilnehmerzahl erfüllt worden.“

Der Bildungsurlaub steht auf dem be rüchtigten „Tabu-Katalog“ der Bundes vereinigung der Deutschen Arbeit geberverbände (BDA), weshalb er so hartnäckig bekämpft wurde. Die Unternehmer fürchten offenbar die größere gewerkschafts- und gesellschafts politische Bildung ihrer Arbeiter und Angestellten, weshalb sie sich mit den in Bayern geschaffenen Tatsachen, die zweifellos präjudizierende Wirkung in der weiteren Tarifpolitik haben werden, nicht abfinden wollen. So erklärte die BDA in einer Stellungnahme zum bayerischen Bildungsurlaub, er könne „weder als typisch noch etwa als bahnbrechend für die Wirtschaft angesehen werden“.

Der Bildungsurlaub, allerdings bezahlt, wird seit mehreren Jahren von den DGB-Gewerkschaften gefordert. Unter Punkt 9 des Aktionsprogramms wird dazu kurz und bündig festgestellt: „Ein zusätzlicher bezahlter Bildungsurlaub ist einzuführen.“ Das bedeutet natürlich, daß der DGB grundsätzlich für jeden Arbeitnehmer diesen bezahlten Bildungsurlaub anstrebt, um ihnen in dieser Zeit der technischen Umwälzungen und der Arbeitsetze mehr Möglichkeiten zur fachlichen, aber insbesondere gesellschaftspolitischen Qualifikation zu geben.

Wenn auch die in der bayerischen Metallindustrie für die gewerblichen Be schäftigten erzielte „unbezahlte Freistellung für Aus- und Weiterbildung“ von der im Aktionsprogramm fixierten noch sehr verschieden ist, so muß sie dennoch als ein bedeutsamer erster Schritt auf dem Wege zum bezahlten Bildungsurlaub angesehen werden. Wiederum war es die IG Metall, der es — wie schon in der Vergangenheit (Lohnfortzahlung für Ar beiter, zusätzliches Urlaubsgeld) — gelungen ist, den Weg für ein neues wesentliches Feld der Tarifpolitik zu bereiten. Es wird ihrer und der Kraft der übrigen DGB-Gewerkschaften bedürfen, auf diesem Wege erfolgreich weiterzugehen.

K. Kilian

Arbeitnehmereinkommen 1967 geringer als im Vorjahr

Nach der jetzt vorliegenden volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Bundesbank für die ersten neun Monate des Jahres 1967 und den darauf aufgebauten zuverlässigen Schätzungen für das ganze Jahr ist das Nettoeinkommen der rund 22 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger in der Bundesrepublik 1967 kleiner ausgefallen als 1966. Das Bruttoeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist in den ersten drei Quartalen zwar nur unbedeutend um 200 Millionen DM auf 161 Milliarden DM gestiegen, nachdem es 1966 im gleichen Zeitraum um rund zehn Milliarden zugenommen hatte; aber durch das Ansteigen der Abzüge für Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge um 400 Millionen auf 28 Milliarden DM ist das Nettoeinkommen um 200 Millionen DM unter dem Ergebnis von 1966 geblieben.

„Teuerungswelle wird nicht tatenlos hingenommen“

Das DGB-Organe „Welt der Arbeit“ kritisiert in der Ausgabe vom 12. Januar 1968 mit Schärfe die Verantwortlichen für die neue Teuerungswelle, die entgegen allen Versicherungen von der Mehrwertsteuer und den Mieterhöhungen ausgegangen ist. Die Zeitung schreibt dazu:

„Zu allen diesen Belastungen kommt, daß die Beiträge zu den Krankenkassen und zur Rentenversicherung weiter steigen und damit das Geld in der Lohntüte weniger wird. Das alles ereignet sich nach einem Jahr, in dem die weitaus geringsten Lohn- und Gehaltsaufbesserungen seit 1948 zu verzeichnen waren. Nur ein Viertel aller Arbeitnehmer erhielt 1967 überhaupt Lohnaufbesserungen von durchschnittlich 3,5 v. H., wobei vielfach eine Anrechnung auf die Effektivverdienste erfolgte.“

Berücksichtigt man den Abbau übertariflicher Leistungen, den Fortfall von Überstunden, die Verminderung der Weihnachtsgratifikationen, Kurzarbeit, Feierschichten und Arbeitslosigkeit, dann ist zweifellos im vergangenen Jahr das Einkommen der Arbeitnehmerschaft insgesamt zurückgegangen. Das paßt auf die jetzige Teuerungswelle wie die Faust aufs Auge.

Niemand sollte sich daher Illusionen machen, daß die Gewerkschaften tatenlos zusehen werden, wie die Kaufkraft der Löhne und Gehälter absinkt und der Lebensstandard der Arbeitnehmer bedroht wird. Das zu verhindern, ist nicht nur ihre wichtigste soziale Verpflichtung, sondern zugleich eine Aufgabe im Interesse der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung.“

Sicherung und Steigerung des Einkommens

IG Metall steckt Ziele für die Tarifpolitik ab Tarifverträge sollten zum 31. März gekündigt werden

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall hat in einer zweitägigen Beratung Mitte Januar 1968 die tarifpolitische Konzeption für dieses Jahr festgelegt. Sie wird von drei Zielsetzungen bestimmt: 1. Fortsetzung des 1967 beschrittenen Weges der Sicherung von Effektivverdiensten und Arbeitsplätzen, 2. Abschluß eines Rationalisierungsschluzabkommens und 3. Kaufkrafterhöhung durch Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Der Vorstand der IG Metall gelangte in einer zweitägigen Sondersitzung zu der Auffassung, daß die 1967 abgeschlossenen Tarifverträge wesentlich zur Sicherung der Effektivverdienste beigetragen und dem Abbau betrieblicher Sozialleistungen einen Riegel vorgeschoben haben. Darum soll diese Politik weiterverfolgt und das System der Sicherung des Arbeitnehmerstandards ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang wurde vom Vorstand beschlossen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Gespräche mit dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) über ein Rationalisierungsschluzabkommen einzutreten. Die Gewerkschaft wünscht, die Frage des Schutzes der Arbeitnehmer vor den negativen Auswirkungen des technischen Fortschritts auf zentraler Ebene mit den Unternehmen zu regeln. Die IG Metall hat Gesamtmetall bereits einen entsprechenden Vertragsentwurf überreicht.

Daneben soll aber auch der effektiven Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer in der Metallindustrie große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Nach Überzeugung des IG-Metall-Vorstandes ist die Belebung und Stützung der Konjunktur durch Steigerung der Arbeitnehmerkraft über Lohn- und Gehaltserhöhungen dringend erforderlich. Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hatte schon zum Jahresausklang 1967 in „Metall“ Nr. 25/26 geschrieben, Sache der Gewerkschaft werde es sein, „durch eine aktive Tarifpolitik die Konjunktur von der Massenkraft her kräftig anzuheizen“.

Naturgemäß ist eine solche tarifpolitische Konzeption nicht nach dem Geschmack der Arbeitgeber, weshalb sie in diesen Wochen mit allerlei Scheinargumenten ihre Position gegen die kommenden Nachholforderungen der Gewerkschaften auszubauen versuchen. Insbesondere sind es immer wieder statistische Tricks, die den Blick für die Wirklichkeit trüben sollen, etwa wie jener des „Schnelldienstes“ des Deutschen Industrie-Instituts vom 23. Januar, in dem vom 1. Halbjahr 1965 bis zum 1. Halbjahr 1967 in der Industrie der Bundesrepublik „je Beschäftigten“ eine Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme von 11 Prozent errechnet wird. Es fällt überhaupt auf, daß sich die Sozial- und Wirtschaftsstatistik, soweit sie von den Unternehmern gemacht oder beeinflußt wird, wie die

des Industrie-Instituts, in letzter Zeit hauptsächlich nur noch mit größeren Zeiträumen befaßt und sorgsam vermeidet, die Einkommenssituation der Arbeitnehmer in dem einen Jahr 1967 zu untersuchen. Offensichtlich sind solche Zahlen nicht gerade Munition für das Anti-Lohn-Propagandafeuer der Unternehmerverbände.

Die Metallarbeiter haben keinen Grund, sich von zweifelhaften Zahlen und durch das Gerede vom durch Lohnforderungen gefährdeten Konjunkturaufschwung irritieren zu lassen. Sie wissen selbst am besten, was sie vor einem Jahr verdienten und was sie heute bekommen; sie haben die personellen und die technischen sowie die sozialen Veränderungen beobachten können und sind folglich in der Lage, persönliche Bilanz zu machen. Sie wissen insbesondere auch, was während der mehr als einjährigen „Talfahrt“ trotz stagnierender Einkommen dennoch teurer geworden ist, und haben somit die Erfahrung gemacht, daß die Preise auch steigen, wenn die Löhne stabil bleiben oder gar sinken.

Ausgerüstet mit diesen praktischen Erfahrungen und darum weitgehend immun gegen die Sirenengesänge der Arbeitgeber, sollten die IG-Metall-Gewerkschafter zielsstrebig die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31. März 1968 vorbereiten. Tendenzen beim Vorstand der IG Metall, wegen der nur zögernden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung die Kündigung noch hinauszuschieben, sind sachlich und tarifpolitisch nicht gerechtfertigt.

Insofern muß bemängelt werden, daß die IG Metall die Lohn- und Gehaltssverbesserung nicht vorrangig, sondern „neben“ den übrigen Forderungen betreiben will. Angesichts der Tatsache, daß der letzte Tarifabschluß über Lohn- und Gehaltserhöhungen um mehr als zwei Jahre zurückliegt und daß das abgelaufene Jahr für Hunderttausende Metallarbeiter Einkommensrückgang gebracht hat, ist die abermalige Hintenanstellung der Lohnforderungen nicht vertreibbar.

Die Aktienkurse, und besonders auch die in der Metallbranche, warten mit ihrer Kletterpartie nach oben auch nicht auf eine sichtbare Hochkonjunktur. Sie steigen schon seit Monaten und widerstrengen so recht anschaulich die Erfahrung und Überzeugung der Aktionäre, es mit florierenden Unternehmen zu tun zu haben.

IG Chemie fordert 7 Prozent

Tarife für 600 000 Chemie-Arbeitnehmer werden gekündigt Gewerkschaft strebt Verträge zur Arbeitsplatzsicherung an

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik hat in den Tarifbezirken Hessen, Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Ruhr-Lippe zum 31. Januar die Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 350 000 Beschäftigte in der chemischen Industrie gekündigt. Die Gewerkschaft hat damit praktisch die „Tarifbewegung 1968“ in diesem Industriezweig eröffnet. In Hessen wurde bereits eine konkrete Forderung erhoben: Lohn- und Gehaltserhöhung um 7 Prozent und Abschluß eines Rationalisierungsschutzvertrages.

In den kommenden Wochen und Monaten wird für etwa 600 000 Beschäftigte in der chemischen Industrie der Bundesrepublik und West-Berlins über neue Lohn- und Gehaltstarife verhandelt werden. Die IG Chemie ist im laufenden Jahr bestrebt, neben einer Einkommenserhöhung vor allem Rationalisierungsschutzverträge zur besseren Sicherung der Arbeitsplätze abzuschließen, wie der Hauptvorstand Mitte Januar mitteilte.

Zum 29. Februar 1968 können für sechs weitere Bereiche, darunter Niedersachsen und Nordbaden-Nordwürttemberg, die Tarifverträge gekündigt werden. In den restlichen fünf Tarifbezirken der chemischen Industrie ist die Kündigung zum 31. März bzw. 30. April 1968 möglich.

Die Gewerkschaft hat sich auf diese Tarifrunde gut vorbereitet. In den diesbezüglichen Untersuchungen der IG Chemie - Papier - Keramik und bei den Diskussionen in den verschiedenen Tarifkommissionen, so berichtete am 18. 1. 68 der „Presse-Dienst“ der Gewerkschaft, standen das Sachverständigengutachten und die speziellen Daten über die wirtschaftliche Lage der chemischen Industrie im Mittelpunkt. Daraus ergab sich für die chemische Industrie „eine solide Wachstumsrate, die weit über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegt.“

So stieg der Umsatz pro Beschäftigten in der Gesamtindustrie von Januar bis Oktober 1967 gegenüber dem Vergleichszeitraum 1966 um 3,3 Prozent, in der chemischen Industrie jedoch um 5 Prozent. Die Auftragsentwicklung lag für diesen Zeitraum in der chemischen Industrie mit plus 4 Prozent gegenüber minus 3,4 Prozent der Gesamtindustrie um 7,3 Prozent höher. Der Verband der Chemischen Industrie, die Unternehmervereinigung, erwartet für 1968 nach eigenen Angaben „eine stärkere Zunahme des Umsatzes als im abgelaufenen Jahr . . ., wenn es gelingt, die in den letzten Monaten in Gang gebrachte Binnenmarktbeflebung fortzuführen“.

Die Haltung der Unternehmer zu der tarifpolitischen Zielsetzung der IG Chemie ist bereits klar: sie lehnen diese ab. In einer Erklärung des Arbeitsringes der Deutschen Chemischen

Industrie heißt es, die gewerkschaftlichen Forderungen gingen noch „über die optimistischsten volkswirtschaftlichen Wachstumsschätzungen für 1968 hinaus“. Hier zeigt sich wieder die bekannte Taktik, von der Lage der Gesamtwirtschaft zu reden, wenn die Gewerkschaft von der Lage der chemischen Industrie spricht.

Wissend, daß die Daten der Chemie-Branche gute Argumente für die Gewerkschaftsforderungen sind (die Konjunkturflaute hat diesen Industrievorschlag verschont), bringen die Arbeitgeber die „schlechte Lage“ der anderen Branchen ins Spiel, um die Gewerkschaft auf so die zustandegekommenen „gesamtwirtschaftlichen“ Durchschnittsdaten zu verweisen. Die IG Chemie kann sich aber nur an den Ergebnissen der Leistung der Arbeitnehmer in der chemischen Industrie orientieren. Es ist überdies auch nicht bekannt, daß auch nur ein Chemie-Industrieller seine überdurchschnittlichen Gewinne an ein krisengeschütztes Unternehmen, etwa in der Textil-Branche, abgeführt hätte.

Die Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie werden sich von vornherein auf harte Kämpfe einstellen müssen, soviel kann man heute schon überblicken. Die IG Chemie-

Papier-Keramik hat 1967 bewiesen, daß sie bereit ist, für die Durchsetzung berechtigter Arbeitnehmerinteressen den Kampf zu organisieren und zu führen. Bevor also die Unternehmer „harte Saiten“ aufziehen, sollten sie sich an die Streiks in der nordwestdeutschen Hohlglasindustrie und der hessischen Gummiindustrie erinnern. Den Chemiearbeitern selbst dürften diese Beispiele erfolgreichen Kampfes Anregungen für das Durchstehen ihrer eigenen Lohnrunde geben. K. K.

Tarifpolitische Umfrage in Rheinland-Pfalz

Die IG Chemie-Papier-Keramik im Bezirk Rheinland-Pfalz-Saar hat im Januar eine tarifpolitische Umfrage gestartet, die unter den Mitgliedern der Gewerkschaft in der chemischen Industrie durchgeführt wird. Der Bezirksvorstand möchte auf diese Weise die wichtigsten Anliegen bezüglich der Tarifpolitik feststellen. Den Gewerkschaftern wurden folgende vier Fragen gestellt, von denen sie nur zwei ankreuzen sollen:

1. Ich bin für eine wirksame Lohn- und Gehaltserhöhung im Jahre 1968.
2. Ich halte eine tarifliche Absicherung der Jahresprämie (Weihnachtsgeld usw.) für erforderlich.
3. Ich halte den Abschluß eines Arbeitsplatzsicherungsabkommens mit Abfindungen für erforderlich, auch wenn hierdurch die Tariferhöhung beeinträchtigt wird.
4. Die Tarifkommission soll ihre Forderungen so aufstellen, daß eine tarifliche Absicherung der gegenwärtigen Verdienste gewährleistet wird.“

In Rheinland-Pfalz-Saar sind die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Beschäftigten in der chemischen Industrie zum 31. Januar 1968 gekündigt worden.

DAG löst alle kündbaren Verträge

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat sich für 1968 eine spürbare Erhöhung der Gehälter für Angestellte vorgenommen. Wie der DAG-Vorsitzende Hermann Brandt in Hamburg erklärte, ist beabsichtigt, in den nächsten Monaten über 625 Tarifverträge zu verhandeln und je nach Branche Gehaltserhöhungen zwischen 4 und 6,5 Prozent zu fordern.

Da im laufenden Jahr, nach Ansicht von Hermann Brandt, mit einem allgemeinen Wirtschaftswachstum von mindestens 4 Prozent zu rechnen sei, werde die DAG die Zurückhaltung, die sie im vergangenen Jahr gezeigt habe, aufgeben. Die ersten Tarifverträge wurden bereits zum 1. Februar gekündigt. So

hat die DAG für die von ihr betreuten Angestellten in der chemischen Industrie in Hessen und Rheinland-Pfalz 6,5 und in Nordrhein 6 Prozent Gehaltserhöhung verlangt.

Von den Tarifkündigungen der DAG sind nach Angaben von Brandt rund zwei Millionen Angestellte betroffen. Eine Lohnleitlinie, wie sie Bundeswirtschaftsminister Schiller zu geben versucht, lehnt die Angestellten-Gewerkschaft ab, weil sie einseitig nur die Arbeitnehmer bindet. Die Angestellten müßten am Wirtschaftswachstum beteiligt und in die Lage versetzt werden, die verschiedenen Preis- und Beitrags erhöhungen zu verkraften.

1967 Kursgewinne wie selten

Die Statistik hat es jetzt ans Licht gebracht: Während die Arbeitnehmer 1967 Lohnneinbußen von mehr als 10 Milliarden DM hinnehmen mußten, haben gleichzeitig die Besitzer großer Aktienpakete ungewöhnlich gut verdient, nämlich 25 bis 26 Milliarden DM Kursgewinne verbuchen können. Nach dem Index des Statistischen Bundesamtes lagen die Aktienkurse Ende 1967 um 38,5 Prozent höher als Ende 1966. Der Index der Commerzbank weist sogar eine durchschnittliche Zunahme um 44 Prozent aus. Lautete zum Jahresschluß 1966 der Punktstand aller an den Börsen gehandelten Aktien im Durchschnitt 495,9, so lag er zum Jahresschluß 1967 bei 713,6.

Ausgerechnet das Jahr 1967, das für die Arbeitnehmer die härtesten Konsequenzen hatte, ist für die Aktionäre zum zweitbesten Aktienjahr nach dem Kriege geworden. Während in der Stahlindustrie, der Metallverarbeitung (insbesondere Automobilindustrie), im Bauhauptgewerbe und im Steinkohlenbergbau Hunderttausende Arbeitnehmer entlassen und weiteren Hunderttausenden die Löhne gekürzt wurden, erzielten gerade diese Industriezweige die höchsten Kursgewinne. So stiegen z. B. die Aktien der Dortmund-Hörder Hüttenunion um 70,7 Punkte, der Hoesch AG um 69,5 und der Hütte Oberhausen um 67,3 Punkte. Im Durchschnitt gewannen die Stahlaktien 50 Punkte. Die Aktien der VW-Werke stiegen um 53,8, von Daimler-Benz um 61 und der Bayerischen Motorenwerke um 69,6 Punkte. (Daimler-Aktien kletterten auch im Januar dieses Jahres unentwegt weiter, und zwar allein vom 5. bis 19. Januar um 89 Punkte!) In der Bauindustrie hatten solche Konzerne wie Beton- und Monierbau, Dyckerhoff Zement, Hochtief und Philipp Holzmann Kursgewinne zwischen 73 und 86 Punkten. Auch in dem von Feierschichten und Stilllegungen betroffenen Bergbau "stimmte" die Börse; die größten Kursgewinne haben die Harpener Bergbau AG mit 89,5 und die Heinrich Bergbau AG mit 64,5 Punkten zu melden.

Diese Nachrichten kommen gerade noch rechtzeitig, um bei der Festlegung der Tarifkonzeption 1968 der Gewerkschaften berücksichtigt zu werden: Der große Nachholbedarf der Arbeitnehmer auf dem Lohn- und Gehaltssektor ist unverkennbar. Ebenso unverkennbar ist aber auch, daß den Gewerkschaften in der konzentrierten Aktion des Wirtschaftsministers im Zusammenspiel mit den Unternehmerverbänden etwas vorgemacht wurde. Während der Minister sich nicht scheute, das Klagelied der Arbeitgeber mitzusingen, wie schlecht die Lage der Wirtschaft und wie notwendig darum der Lohnverzicht der Arbeitnehmer sei, schöpften die Konzerne und ihre Ak-

tionäre bereits unentwegt den Rahmen der durch Existenzangst hochgetriebenen Arbeitsleistung der Arbeitnehmer ab.

Die Unternehmer haben — mit staatlicher Hilfe — die Krise genutzt, um mit einem gründlichen „Kehraus“ in den Betrieben alle Krisenfolgen auf die Arbeitnehmer abzuschieben und gleichzeitig weiter in der Profitzone zu bleiben. Das sollten die Gewerkschaften in den kommenden Tarifaufeinandersetzungen berücksichtigen.

Sb.

Mit Streik Lohnkürzung verhindert

Obgleich in die Lohntarifverträge der Metallindustrie in den jüngsten Verhandlungen die sogenannte Schiller-Klausel eingefügt wurde, wonach die negative Lohnpolitik der Arbeitgeber abzulehnen sei und die übertariflichen Zahlungen nicht weiter abgebaut werden sollen, reißen die Meldungen über den Sozialabbau in den Betrieben und die Abwehraktionen der Belegschaften nicht ab. Sie zeugen damit vom Wert dieser „Effektivklausel“, der offensichtlich nicht sehr hoch einzuschätzen ist.

Als ein Beispiel für viele, die in den letzten Wochen über die Fabriktores hinaus bekannt geworden sind, steht der achtstündige Proteststreik der 400 Mann starken Frühschicht der Rheinstahl-Wagner-Werkzeugmaschinenfabrik in Dortmund. Dort hatte die Betriebsleitung am 18. Januar kurzerhand am Schwarzen Brett verfügt, daß alle Akkordarbeiter, die vorübergehend im Zeitlohn beschäftigt werden, Lohnneinbuße hinnehmen müßten, die rund 10 Prozent betragen sollte.

In einer spontanen Reaktion legte die gesamte Frühschicht des Betriebes die Arbeit nieder und verlangte die Rücknahme der Anweisung. In Verhandlungen zwischen Betriebsleitung, Gewerkschaft und Betriebsrat wurde diese Forderung durchgesetzt. Bis zum 31. März soll die geltende Regelung beibehalten werden; später ist vorgesehen, bei Umsetzungen acht Wochen lang den Durchschnittslohn der vorhergegangenen 13 Wochen zu zahlen.

-nz

Krupp-Arbeiter streiken um Informationen

Während am 23. Januar 1968 der Aufsichtsrat der neugebildeten Krupp GmbH. zum erstenmal tagte, traten in Essen rund 1800 Arbeiter der Krupp-Motoren- und Kraftwagenfabriken (Krawa) in den Streik. Zu jener Zeit war bereits allgemein bekannt, und

die Zeitungen schrieben darüber, daß die Krupp-GmbH. und die Daimler-Benz AG. Verhandlungen zur Übernahme der Krawa durch Daimler führen; nur die betroffene Belegschaft wußte offiziell noch gar nichts und insbesondere nicht, was aus den Arbeitsplätzen werden würde.

Schon am 18. Januar hatten die Krawa-Arbeiter aus diesem Grunde demonstriert und Informationen verlangt. Während der Aufsichtsratssitzung streikten sie so lange, bis die Sicherung zur Einberufung einer Belegschaftsversammlung am nächsten Tag gegeben wurde. Mehrere tausend Arbeiter in anderen Krupp-Betrieben traten gleichzeitig in kurze Sympathiestreiks, um ihre Kollegen in den Krawa zu unterstützen.

Auf der Belegschaftsversammlung erklärte die Geschäftsführung, nach anfänglichen Ausflüchten, daß bereits zum 30. April 1968 die Vorbetriebe und zum 30. Juni die Kraftwagenfabrik selbst, mit Ausnahme der Ersatzteilproduktion, stillgelegt werden. Insgesamt werden etwa 2000 Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze verlieren, da auch Personal der Verkaufsorganisation der Krawa entlassen werden soll.

Dieser Vorgang ist ein erneutes Beispiel dafür, wie Konzentrationsmaßnahmen in der Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Folgen für die Arbeiter und Angestellten sowie deren Familien betrieben werden, Krupp hat sich aus Gründen der „Sortimentsbereinigung“ und der schlechten Liquidität zur Aufgabe der Krawa entschlossen, und Daimler ist an der Ausschaltung einer Konkurrenz interessiert. Das Ergebnis ist die Stilllegung der Krawa auf Kosten der Existenz der Arbeitnehmer. Gewiß ein Schulbeispiel für die Notwendigkeit und Berechtigung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung. -oe-

IG Bergbau und Energie fordert Urlaubsgeld

Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie wird Ende Februar für die Beschäftigten in den Steinkohlenrevieren Ruhr, Aachen und Saar die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 30. April 1968 kündigen. Dies erklärt am 4. Februar in Recklinghausen der Betriebsratsvorsitzende der Ewald-Kohle AG. Die Gewerkschaft denkt nicht so sehr an Lohn- und Gehaltserhöhungen, sondern in erster Linie an eine Einkommenserhöhung der Bergarbeiter durch Einführung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes von 10 bis 15 DM pro Urlaubstag. Ferner soll die Treueprämie erhöht werden.

Die letzten Lohnerhöhungen im Steinkohlenbergbau sind vor zwei Jahren, am 1. Mai 1966, wirksam geworden. Sie betragen nur 4 Prozent und sind seitdem durch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten mehr als aufgezehrt.

Gewerkschaftsjugend auf klarem Kurs

Für Kontakte mit FDGB — Gegen konzertierte Aktion Bezirksjugendtag der OTV-Gewerkschaft in Hamburg

Mitte Januar 1968 fand im Hamburger Gewerkschaftshaus die 10. ordentliche Bezirksjugendkonferenz der Gewerkschaft OTV in der Hansestadt statt. Die 45 jugendlichen Delegierten der größten Gewerkschaft Hamburgs wählten für die nächsten vier Jahre einen neuen, aus 10 Personen bestehenden Bezirksjugendausschuß. In der Mehrzahl der 20 beschlossenen Anträge werden naturgemäß arbeitsrechtliche und beamtenpolitische Forderungen für die arbeitende Jugend erhoben. Es ragen jedoch einige Anträgebrisanten politischen Inhalts heraus.

Von den arbeitsrechtlichen Forderungen ist der Antrag hervorzuheben, der sich mit der Berufsausbildung der im Hamburger Hafen Beschäftigten befaßt. Die Gewerkschaft OTV wird in dem Antrag aufgefordert, mit den verantwortlichen Stellen des Senats Verhandlungen aufzunehmen, die eine der heutigen Zeit angepaßte Berufsausbildung zum Ziel haben. Der Vorsitzende der OTV-Hafenjugend, Michael Plantner, führte in seiner mündlichen Begründung haarsträubende Beispiele an, wie Jugendliche noch nach einem über 50 Jahre alten Berufsbild „ausgebildet“ werden. In dem Antrag wird vorgeschlagen, die verschiedenen Hafenberufe — zur Zeit sieben — in die Berufe des Hafenfacharbeiters und des Hafenkaufmanns zusammenzufassen.

Zu den politischen Anträgen gehört die Forderung an den Hauptvorstand der OTV, eigenes, allgemeinverständliches Informationsmaterial über die Notstandsgesetzgebung herauszugeben. Die Ablehnung der Notstandsgesetze war ein Teil des Antrages. In einem weiteren Antrag wurde das faschistische Regime in Griechenland verurteilt. Ferner wird in diesem ebenfalls einstimmig angenommenen Antrag von den Gewerkschaftsmitgliedern gefordert, die gegen das griechische Militärregime gerichteten Widerstandsbewegungen aktiv zu unterstützen.

Der nächste der vier politischen Anträge behandelt die gewerkschaftlichen Kontakte zu den sozialistischen Staaten einschließlich der DDR. Der Antragsteller (Bezirksjugendausschuß) geht in seiner Begründung davon aus, daß auf deutschem Boden mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur Zeit faktisch zwei Staaten deutscher Nation mit unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bestehen. Es sind — so lautet der Antrag — Verhandlungen auf allen Ebenen mit unbegrenztem Themenkreis erforderlich. Die Gewerkschaft OTV wird aufgefordert, sich nachdrücklich im DGB für Kontakte zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund einzusetzen. Sollte das in absehbarer Zeit nicht möglich sein, wird sich die OTV-Jugend selber um Kontakte zum FDGB bemühen (siehe Wortlaut).

Mit wenigen Gegenstimmen wurde ein wirtschaftspolitischer Antrag angenommen, der sicher vor einem Jahr

noch nicht die Zustimmung der Delegierten gefunden hätte; dieser Antrag verlangt die Einstellung der Mitarbeit an der konzertierten Aktion durch die Gewerkschaft OTV. Solange nicht bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, wie die Einbeziehung der Erträge der Unternehmen und die Mitbestimmung auch im Bereich der Investitionen, sollte die Gewerkschaft sich nicht an der „Konzertierung“ beteiligen.

Die 10. ordentliche Jugendkonferenz des Bezirkes Hamburg der OTV bil-

Ruhrfestspiele 1968

Die Ruhrfestspiele 1968 werden in der Zeit vom 8. Mai bis zum 26. Juni in Recklinghausen veranstaltet. Auf dem Programm stehen u. a. auch zwei Eigeninszenierungen, und zwar führen Max Frisch und Heinrich Koch die Regie in Shakespeares „Troilus und Cressida“, während unter der Regie von Dieter Haugk die „Chinesische Mauer“ einstudiert wird. Die Kunstausstellung trägt das Thema „Bereiche der Fantasie“.

Der Aufsichtsrat der Ruhrfestspiele will sich künftig bei der Durchführung seiner Veranstaltungen aus dem kulturellen Leben künstlerisch und wissenschaftlich beraten lassen. So u. a. von den Intendanten Prof. Karl-Heinz Strauß und Harry Buckwitz sowie dem Schriftsteller und Hauptabteilungsleiter des Norddeutschen Rundfunks, Heinz-Winfried Sabais, ferner von Prof. Wolfgang Brüggemann, Bochum, Adolf Zottmann und Dr. Ermbrecht Rindtorff, Recklinghausen.

VW-Manteltarifverträge werden gekündigt

Die Große Tarifkommission der IG Metall hat Ende Januar beschlossen, die Manteltarifverträge für die Beschäftigten der fünf Volkswagenwerke zum 30. April 1968 zu kündigen. Die Kündigung, mit der die IG Metall Verhandlungen über Maßnahmen zur Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung anstrebt, betrifft 100 000 Arbeiter und Angestellte.

dete den Auftakt für eine Serie von Konferenzen, die über die einzelnen Bezirkskonferenzen, die Bundesjugendkonferenz und den OTV-Gewerkschaftstag bis zum Jubiläumskongreß des DGB in München im Frühjahr 1969 aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Deutschen Gewerkschaftsbundes führte. U. S.

„Jetzt auch mit dem FDGB sprechen“

Der nachstehende Antrag wurde auf der OTV - Bezirksjugendkonferenz in Hamburg einstimmig beschlossen:

„Auf deutschem Boden bestehen mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur Zeit faktisch zwei Staaten deutscher Nation mit unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Von dieser Situation hat jede realistische Deutschlandpolitik auszugehen. Es bleibt unser Ziel, die beiden deutschen Staaten auf friedlichem Wege wieder zu vereinen.“

Es ist daher Aufgabe der Politik, ein weiteres Auseinanderleben der Menschen zu verhindern, Verbindungen zu erhalten und neue zu schaffen. Dazu sind Verhandlungen auf allen Ebenen mit unbegrenztem Themenkreis erforderlich.

Die Annäherung beider deutscher Staaten ist aber nicht nur eine Angelegenheit der Regierungen, sondern aller gesellschaftlichen Gruppierungen, insbesondere der Gewerkschaften und ihrer Jugendorganisationen.

Die Beziehungen unserer Gewerkschaft zu den Gewerkschaften Osteuropas sind in den letzten Jahren vielfältiger geworden. Dabei ist es natürlich, daß unser Gesprächsteilnehmer der jeweilige Gewerkschaftsverband ist. Nur die in der DDR bestehenden Gewerkschaften sind bisher von uns als Partner ausgespart worden. Diese Handlungsweise hat uns bei unseren Kontaktversuchen zu den Arbeitnehmern der DDR behindert. Seitdem die verschiedenen Kontakte von Verbänden und Behörden vielfältiger geworden sind, ist es an der Zeit, daß auch die Gewerkschaften ähnliche Schritte unternehmen.

Die 10. ordentliche Bezirksjugendkonferenz begrüßt deshalb die auf Initiative des Ersten Vorsitzenden der OTV, Heinz Kluncker, zustande gekommene Diskussion um Aufnahme von Kontakten zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie fordert die Gewerkschaft OTV auf, sich nachdrücklich im DGB für solche Kontakte einzusetzen. Sollten geeignete Schritte seitens des DGB in absehbarer Zeit nicht möglich sein, wird die OTV-Jugend sich in ihrem Rahmen um das Zustandekommen solcher Kontakte bemühen.“

Vor den Gewerkschaftstagen . . .

Zur politischen Aufgabe der Gewerkschaften 1968 zahlreiche Kongresse und Konferenzen

Das Jahr 1968 ist ein „Kongressjahr“. Nicht weniger als elf Gewerkschaftstage von DGB-Gewerkschaften und ein halbes Dutzend zentrale Konferenzen sind terminiert. Organisationen wie die IG Bergbau und Energie, IG Druck und Papier, IG Metall, Gewerkschaft OTV sowie die Fachgruppen Frauen, Beamte und Jugend im DGB (siehe Terminkalender S. 20) werden Rechenschaft über die Tätigkeit zurückliegender Jahre geben und die soziale und politische Marschroute für weitere Jahre beraten und beschließen. Diese Kongresse und Tagungen sind nicht allein für die jeweilige Organisation, sondern für die gesamte Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik von politischer Wichtigkeit, da sie zugleich der Vorbereitung des 8. DGB-Bundeskongresses im Frühjahr 1969 in München und damit der allseitigen Wegbestimmung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner 16 Mitgliedsgewerkschaften dienen.

Die diesjährigen Gewerkschaftstage und der anschließende DGB-Bundeskongress finden in einer innenpolitischen Situation statt, die in dreifacher Hinsicht neu ist: einmal regiert in Bonn erstmals die sogenannte Große Koalition, also die CDU/CSU unter Beteiligung eines sozialdemokratischen Ministerteams; zum andern befindet sich die Wirtschaft in der Schlussphase ihrer bisher umfassendsten Nachkriegskrise, und schließlich ist die Regentschaft der Großen Koalition von den seit Bestehen der Bundesrepublik massivsten Demontagen sozialer Rechte und Leistungen für die Masse der Arbeiterschaft sowie von nachhaltigen Einschnitten in die Tarifautonomie der Sozialparteien gekennzeichnet. Diese besondere Situation, mit der sich die Gewerkschaften konfrontiert sehen, wird überdies verschärft durch die entschlossenen Versuche der Regierungsparteien, noch in diesem Jahr die Notstandsgesetzgebung zur Abstützung einer unpopulären Innen- und Außenpolitik in die Verfassung einzubauen.

Es liegt auf der Hand, daß den Gewerkschaften als demokratische Massenorganisation der Arbeitnehmer, die die Volksmehrheit ausmachen, eine erhöhte Verantwortung bei der Vertretung der berechtigten Interessen von Arbeitern, Angestellten und Beamten zuwächst — Interessen, die sich in vielen Fragen mit denen anderer soziologischer Schichten (Intelligenz, Gewerbetreibende, Bauern) decken. Die Gewerkschaften sind — nicht nur unter den Bedingungen der Großen Koalition — angesichts des Abschwimmens der sozialdemokratischen Führungsgremien in die Sphäre bürgerlicher Politik zunehmend gezwungen, über den Rahmen der sozialen und wirtschaftlichen Geschehnisse hinaus immer umfassender und nachdrücklicher zu den politischen Fragen Stellung zu nehmen. Sie sehen sich vor der Aufgabe, eigene politische Alternativen zu allen wesentlichen Bereichen der Gemeinschaftspolitik von CDU/CSU/SPD zu entwickeln bzw. zu konkretisieren und dort, wo sie schon bestehen, mit mehr Entschlos-

senheit als bisher vom Papier in die Praxis zu tragen.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Kongressen des DGB und seiner Gewerkschaften genügt es nicht, dies allgemein festzustellen. Es ist angebracht, diesen Fragenkomplex einmal deutlicher anzureißen, zumal in den Gewerkschaften und im DGB schon seit Monaten die Diskussion um die gesellschaftspolitische Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung und die Formen ihrer Wahrnehmung geführt wird.

Oberstes Ziel die Sicherung des Friedens

Auf allen Gewerkschaftstagen in der Vergangenheit stand die Sorge um die Erhaltung des Friedens im Mittelpunkt der Beratungen, Forderungen und Beschlüsse. „Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens“, sagt das Grundsatzprogramm des DGB. Zweifellos werden auch die kommenden Gewerkschaftstage Beschlüsse fassen, deren Verwirklichung echte Beiträge zur Friedenssicherung darstellen. Angesichts des nun schon seit Jahren andauernden schmutzigen Krieges in Vietnam und der fortlaufenden Kriegsdrohung in Nahost — Kriegsherde, die die Funken zum Weltbrand liefern können —, ist ein stärkeres Engagement der DGB-Gewerkschaften gegen Krieg und Kriegsduldung dringend nötig.

Mit allgemeinen Appellen wird man darum der größter gewordenen Kriegsgefahr nicht mehr bekommen. Der Beitrag zur Friedenssicherung seitens der Gewerkschaften liegt in der schocklosen Aufdeckung einer Politik, die, wie das Unterstützen der amerikanisch-südvietnamesischen Kriegspartei in Vietnam durch Bonn, Konflikte verschärft oder, wie die hemmungslose Rüstungs- und Notstandspolitik, Konfliktsituationen herbeiführen kann. Nachdrücklich müssen von der Bundesregierung sofortige Abrüstungsmaßnahmen, z.B. Verminderung

der Rüstungsausgaben um ein Drittel, die Senkung der Wehrdienstzeit auf 12 Monate und die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, die Verminderung der Truppenstärke und der Beitritt zu einem europäischen Sicherheitssystem verlangt werden. Die einzelnen Schritte sind in Abstimmung mit der DDR zu vollziehen, die ihre Bereitschaft zu gleichartigen gemeinsamen Abrüstungsmaßnahmen wiederholt bekundet hat.

Im Interesse der eigenen Sicherheit und des sozialen Fortschritts müssen die kommenden Gewerkschaftstage und die vielen vorbereitenden Delegiertenkonferenzen den Stopp der amerikanischen Vietnam-Aggression

Einen zweiten Aufsat zum Thema „Vor den Gewerkschaftstagen . . .“ bringen wir im März-Heft. Darin werden die Fragen gewerkschaftlicher Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Tarifpolitik behandelt.

D. Red.

und die Beendigung jeder direkten und indirekten Kriegsunterstützung durch die Bundesregierung fordern. Das ist ein Gebot der internationalen Solidarität mit den vietnamesischen Arbeitern und Bauern, die nun schon seit Jahren unter der Brutalität des amerikanischen Militärkolosses leiden. Überdies muß man vom DGB erwarten, daß er deutlich gegen Aggressoren auch dann Stellung nimmt, wenn es sich dabei um Regierungen handelt, von denen es heißt, sie seien „mit dem deutschen Volk“ (gemeint ist aber nur Bonn!) befreundet.

Verteidigung der Demokratie

Demokratische Freiheiten sind das Lebenselement der Gewerkschaften. „Unsere Zeit“, heißt es darum im Grundsatzprogramm, „verlangt vor allem die demokratische Gestaltung des gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens . . .“ Die Gewerkschaften sind aufgerufen, zusammen mit allen übrigen Kräften der demokratischen außerparlamentarischen Opposition die Notstandsgesetzgebung der Bundesregierung endgültig abzuwenden. Das andauernde Herumfliegen an der Verfassung zum Zwecke ihrer reaktionären Veränderung hat aufzuhalten. Es gilt, die Politik nach den demokratischen Normen der Verfassung auszurichten und nicht umgekehrt die Verfassung nach den reaktionären und aggressiven Praktiken der Politik.

In diesem Zusammenhang werden sich die Gewerkschaften mit allem Nach-

druck auch gegen die Ummodellierung des geltenden Wahlrechts stark machen müssen. Es kennzeichnet die undemokratischen Absichten der CDU/CSU, wenn sie — jeweils im Namen der Demokratie — einerseits durch Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes CGB- und NPD-Splittergruppen in die Betriebsräte lancieren und andererseits gemeinsam mit der SPD durch Manipulierung des Parlamentswahlrechtes die politische Macht weiter zentralisieren will.

Seit den letzten Gewerkschaftstagen und besonders, nachdem die SPD ihre Oppositionsrolle aufgegeben hat und in die bürgerliche Regierung eingetreten ist, macht die neofaschistische NPD zunehmend von sich reden. Die meisten Gewerkschaften haben in der Vergangenheit Beschlüsse gefaßt, wonach die Mitgliedschaft in der NPD mit einer Gewerkschaftszugehörigkeit unvereinbar ist. Von der Bundesregierung wurde das Verbot dieses Totengräbers der Demokratie gefordert, ohne daß in dieser Richtung etwas geschehen wäre. Im Gegenteil, CDU/CSU und Regierungsstellen bemühen sich, die neofaschistische Gefahr zu verniedlichen, genau wie in jenen Jahren, als das „Mitglied Nr. 9“, Hitler, den einmal ebenfalls „kleinen Haufen“ NSDAP anführte. Darum sollten die Gewerkschafter auf ihren bevorstehenden Kongressen wiederum das NPD-Verbot verlangen und eindeutig klарstellen, daß sie ein Hochkommen dieser Partei nicht dulden und mit allen Mitteln unterbinden werden.

Diese Kampfansage an die Adresse der NPD erfordert zugleich ein Votum für die Wiederzulassung der Kommunistischen Partei, eine Forderung, die in letzter Zeit immer nachdrücklicher von den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik erhoben wird. Es ist der KPD gelungen, glaubhaft zu machen, daß sie die Verfassung der Bundesrepublik akzeptiert und entschlossen ist, sie vor der Aushöhlung zu bewahren. Die Gewerkschaften brauchen jeden Bundesgenossen, jetzt mehr als jemals zuvor.

Verständigung und Entspannung

Ein anderer Fragenkomplex, der die diesjährigen Gewerkschaftstage beschäftigen wird, ist jener, der durch die Herstellung erster Verbindungen des DGB und von DGB-Gewerkschaften zu Gewerkschaftsorganisationen in sozialistischen Ländern aufgeworfen wurde: Muß oder soll man auch den FDGB der DDR in das Verständigungsgepräch mit einbeziehen?

Wir meinen, daß der Weg zu sachlichen Beziehungen zu Gewerkschaften sozialistischer Länder, der so lange durch blinden Schlagwort-Antikommunismus verbaut war, künftig nicht mehr um die DDR und den FDGB herumführen darf. Das ist nicht nur die Konsequenz der Bemühungen um Verständi-

gung und Gedankenaustausch mit kommunistischen Gewerkschaften, sondern unter deutschen Gewerkschaftern ein eigentlich selbstverständliches Anliegen politischer Vernunft. Aber leider ist heute in dieser Frage im DGB noch nicht selbstverständlich, was objektiv vernünftig und notwendig erscheint.

Dennoch werden die Stimmen derjenigen, die nicht noch länger kostbare Zeit verstreichen lassen und die Verständigung wollen, immer zahlreicher. Die kommenden Gewerkschaftstage und -konferenzen müssen nunmehr die Dinge zu einer Entscheidung bringen und sich zu fachlichen und politischen Gesprächen mit den FDGB-Gewerkschaften über alle die Deutschen bewegenden Fragen bekennen. Der sogenannte Antikontaktbeschuß des DGB, der den FDGB von den ostpolitischen Kontaktbemühungen ausnimmt, muß fallen. Es kann nicht länger die Rolle des DGB sein, im Fahrwasser regierungsmäßlicher Tabupolitik den Erfüllungshelfern Bonns zu spielen. Die Unabhängigkeit des DGB wird sich auch daran erweisen müssen, daß er notwendige Schritte selbst dann tut, wenn sie Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt nicht behagen.

Und in diesem Zusammenhang versteht es sich von selbst, daß es mit Aufgabe der Gewerkschaften ist, auf eine reale Konzeption Bonns in der Deutschlandfrage zu drängen. Sie können das andauernde Ignorieren der DDR einfach nicht länger mitmachen, weil es zu immer gefährlicheren politischen Verwicklungen und Abenteuern führt. Die Gewerkschaften müssen ihre Stimme erheben und im Interesse einer Entspannung und Friedenssicherung in Deutschland und Europa die Anerkennung der Realitäten, der Existenz eines zweiten deutschen Staates, und die Aufgabe des Allgemeinvertretungsanspruchs von der Bundesregierung verlangen. Darüber hinaus kann es den Gewerkschaftern in der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein, wenn die Regierung Kiesinger/Brandt, wie unselige Vorgänger früherer Jahrzehnte, die deutschen Grenzen nicht anerkennt und im Osten abermals Gebietsforderungen stellt. Dieser offenbar bewußt gehegte

Keimling eines neuen Krieges muß aus der politischen Landschaft verschwinden. Es wäre nicht ohne Reiz, wenn die Gewerkschaften und in ihnen die vielen sozialdemokratischen Funktionäre dem sozialdemokratischen Parteiführer und Vorsteher des Auswärtigen Amtes helfen könnten, die Friedensabsichten und -beteuerungen der Bundesregierung durch Verzicht auf Grenzrevisionen glaubhaft zu machen.

Motor der Gesellschaft

Alle hier genannten politischen Aufgaben und Anliegen der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik sind bereits auf zurückliegenden Gewerkschaftskonferenzen und -veranstaltungen, zum Teil auf Gewerkschaftstagen bzw. dem letzten DGB-Kongreß, formuliert worden. Die 6,5 Millionen Gewerkschafter im DGB haben in den vergangenen Monaten und Jahren mitunter recht erhebliche Kräfte aufgeboten, um — wie bei der Ablehnung der Notstandsgesetze, der Bekämpfung der NPD — gesteckte Ziele und gefaßte Beschlüsse zu verwirklichen. Diese Kraftanstrengung hat jedoch nicht ausgereicht, um einen spürbaren politischen Wandel zum Besseren — zur Demokratisierung, Abrüstung und Verständigung — herbeizuführen.

Frieden, Demokratie und Völkerfreundschaft sind aber die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Wirken der Gewerkschaften in der Gesellschaft. Positive Veränderungen in der Wirtschaft, Erfolge in der Sozialpolitik und Verbesserungen im Tarifwesen mit dem Ziel, die gesellschaftliche Position der Arbeitnehmer zu stärken und ihren sozialen Standard zu heben, sind ohne die genannten politischen Voraussetzungen illusorisch. Darum entspricht es der politischen Verantwortung und Rolle der Gewerkschaften, in Vorbereitung und Durchführung der Gewerkschaftskongresse des Jahres 1968 zu diesen Fragen einen klaren Arbeitnehmerstandpunkt zu beziehen und um seine Durchsetzung in der Tagespolitik zu kämpfen.

Gerd Siebert

Dritte Internationale Automationstagung

Im Zuge der Automatisierung und Rationalisierung übernehmen immer mehr Computer Arbeiten in den technischen und kaufmännischen Büros. Sie ersetzen Buchhalter und Kontenführer, technische Zeichner, Statiker oder Arbeitsvorbereiter und machen aus Abteilungsleitern Sachbearbeiter.

Vom 5. bis 8. März wird sich die 3. Internationale Automationstagung der IG Metall, die unter dem Thema „Computer und Angestellte“ steht, mit den Auswirkungen der modernen Technik im Büro beschäftigen. An die-

ser Tagung in Oberhausen nehmen Wissenschaftler, Politiker, Regierungsbeamte und Gewerkschafter aus 25 Ländern teil. Die IG Metall wird mit dieser Veranstaltung erneut einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten, die im Zusammenhang mit der modernen Technik von den Gewerkschaften gelöst werden müssen, wenn sich Automatisierung und Rationalisierung nicht zum Fluch, sondern zum sozialen Fortschritt der arbeitenden Menschen auswirken sollen.

„Aufschwung nach Maß“ — wessen Maß?

Arbeitnehmer Opfer profitorientierter Wirtschaftspolitik Wie ist die augenblickliche Wirtschaftslage?

Seit Wochen berichtet die Tagespresse vom beginnenden Aufschwung in der Wirtschaft. Schon wird eifrig spekuliert, wie rasch die Gewinne steigen werden. Der „Industriekurier“, dessen Leserschaft sich — nach eigenen Angaben — zu 84 Prozent aus „Mitgliedern von Unternehmensleitungen mit Entscheidungsbefugnis“ zusammensetzt, schätzt die Aussichten in dieser Hinsicht in der Ausgabe vom 9. Januar 1968 außerordentlich günstig ein. 1968, so heißt es, „dürfte nach unserer Ansicht eine Gewinnsteigerung von 10 bis 15 Prozent durchaus erzielbar sein. Am stärksten werden wohl die Gewinne in den ersten sechs Monaten dieses Jahres steigen — wahrscheinlich um nicht weniger als 20 Prozent.“

Für die Unternehmer geht es nun also wieder aufwärts. Der Maßstab hierfür ist für sie ausschließlich die Bewegung der Profite. Wesentlich anders sehen dagegen die Perspektiven der vorausgesagten konjunkturellen Belebung für die Arbeiter und Angestellten aus. Ende 1967 registrierte die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 526 000 Arbeitssuchende. Das waren 154 000 mehr als Ende 1966. Anton Sabel, Präsident dieser Anstalt, erklärte dazu, auch der Januar und der Februar würden noch Kummer machen und im Sommer sei ebenfalls keine wesentliche Unterschreitung der vorjährigen Arbeitslosenzahlen zu erwarten.

Die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem gleichen Vorjahrsstichtag ist dabei keineswegs auf besonders negative saisonale Einflüsse wie hohe Kältegrade zurückzuführen gewesen. Das ergibt sich ziemlich eindeutig aus der Tatsache, daß die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter kaum höher als vor Jahresfrist war. Vielmehr wird sich auch künftig zeigen, daß der zu erwartende — allerdings sicher nicht sehr stürmische — Aufschwung wohl für hohe Gewinne sorgen, aber gleichzeitig die hohe Arbeitslosigkeit nicht beenden wird.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in West-Berlin gibt, unter Hinweis auf die zu erwartenden hohen Produktivitätsfortschritte und die anhaltenden strukturellen Verschiebungen, die Prognose, daß die Industrie bis weit über die Anfangsphase der konjunkturellen Wiederbelebung hinaus als Konkurrent auf dem Arbeitsmarkt ausfallen oder doch kaum in Erscheinung treten wird.

Selbst wenn also nun die „Talsohle“ der Krise durchschritten sein sollte, so treten jetzt die Nachwirkungen in Erscheinung, die der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Gutachten vom Ende November 1967 nannte und von denen er sagte, daß sie „in konservativen Kreisen sehr positiv, anderenorts aber negativ bewertet werden“.

- eine nachhaltige Besserung der Disziplin am Arbeitsplatz — auch als Rückkehr zu überholten Formen der Menschenführung gedeutet;
- ein nachhaltiger Rückgang der Fehlzeiten und Krankenstände — auch als Zeichen der Vernachlässigung der Gesundheit aus Sorge um den Arbeitsplatz angesehen;
- eine Einengung des lohnpolitischen Aktionsraums der Gewerkschaften, die die einen für nachhaltig und andere nur für einen sehr kurzfristigen Aktionsstau halten.“

Die Sachverständigen geben übrigens den „konservativen“ Kreisen zu bedenken, „mehr Sicherheit“ für die abhängigen Lohnarbeiter könne „ihre

Wirtschaftsbericht: Unternehmergewinne vorrangig

Mit dem ersten Jahreswirtschaftsbericht für 1968, der Ende Januar dem Bundestag vorgelegt wurde, versucht die Bundesregierung Leitlinien für die Lohnpolitik zu setzen. Der Wirtschaftsbericht billigt den Arbeitnehmern nur eine Zunahme des Stundenlohnes um durchschnittlich 4 bis 5 Prozent zu. Weniger würden den angestrebten Aufschwung verlangsamen, aber mehr würden die „Gewinn- und Investitionsentwicklung gefährden“. Die Zunahme der Unternehmergewinne wird für 1968 mit 12 Prozent veranschlagt und für notwendig erklärt, weil sonst die Unternehmer nicht genügend an Investitionen interessiert seien und als Folge solchen Verhaltens das Wirtschaftswachstum gefährdet werde.

Das ist also — regierungsmäßig für rechtens erklärt — Moral und Motor der kapitalistischen Wirtschaft: Erst kommen die Profite und dann die Löhne, denn von der Höhe der Profite hängt die Investitionslaune der Unternehmer ab. Und diese wiederum entscheidet angeblich, ob es in der Wirtschaft aufwärts oder abwärts geht.

Zustimmung zu dem System, in dem wir leben“, verstärken. Aber das scheint diese Kreise in der Bundesrepublik gegenwärtig wenig zu interessieren. Sie halten es mehr mit dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister, der schon vor fast einem Jahr, angesichts von 600 000 Arbeitssuchenden gegenüber der Bild-Zeitung bemerkte: „Die Arbeitslosen hauen uns nicht um.“

Es wird sich erweisen, daß auch in diesem Jahr die Gewerkschaften lohnpolitisch vor schwierigen Aufgaben stehen. Die Lohnverluste, die in der Krise eingetreten sind, können nur aufgeholt und neue soziale Verbesserungen erreicht werden, wenn die ganze Kraft der gewerkschaftlichen Organisation mobilisiert und eingesetzt wird. Notwendig wird dabei sein, daß die Gewerkschaften der „konzentrierten Aktion“ als Mittel zur Dämpfung gewerkschaftlicher Aktivität eine Absage erteilen.

Zyklische Wirtschaftskrisen, das sagt schon ihr Name, machen eines Tages dem neuen Aufschwung Platz. Es muß jetzt das oberste wirtschaftspolitische Ziel der Bundesregierung sein, durch entsprechende planerische Maßnahmen tatsächliche Vollbeschäftigung anzustreben und zu sichern. Aber sie scheint nicht das Ziel Schillerscher Wirtschaftspolitik zu sein, obgleich sie in offiziellen Reden immer wieder beschworen wird. Die bisherige Praktik der Investitionsspritzen, Subventionen und Steuererleichterungen für die Unternehmer, bei gleichzeitiger Belastung der Arbeitnehmer, zielt vielmehr dahin, die Voraussetzungen für hohe Profitgarantien zu schaffen, die Unternehmer bei Investitionsläune zu halten und auf diese Weise die Wirtschaft zu stimulieren. Wenn dabei ein hoher Beschäftigungsgrad herauskommt, der dann Vollbeschäftigung genannt wird, so ist dieser nur zeitweilig und im übrigen nicht das Ergebnis eines auf die Schaffung der Vollbeschäftigung gerichteten Konzepts; diese „Vollbeschäftigung“ ist praktisch das Abfallprodukt der auf Profitsicherung gerichteten Maßnahmen. Es geht aber darum, endlich einmal statt des Profits die Sicherheit des Arbeitsplatzes und den Menschen in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Aktivität zu rücken. Das sollte man zumindest vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller erwarten dürfen.

Es ist wichtig, diesen prinzipiellen Unterschied in der Anlage der Wirtschaftspolitik im Auge zu behalten und insbesondere bei gewerkschaftlichen Entscheidungen und Forderungen zu berücksichtigen. Solange die Profitorientierung im Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung bleibt, wird der neue Aufschwung — weil nicht von Dauer — auch nicht nach dem Maß der Arbeitnehmer sein.

Horst Dreyer

Strukturpolitik drüben

Planung und Wirtschaftsführung in der DDR Eine Serie von Dr. Karl-Heinz Arnold (II)

Strukturpolitik — das ist keineswegs ein Modewort. In diesem Begriff stecken die Wandlungen, denen die Volkswirtschaften hochentwickelter Industrieländer im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution unterworfen sind. Unterworfen deshalb, weil es sich um objektiv bedingte, von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten bestimmte Wandlungsprozesse handelt. Doch die Gliederung der Wirtschaft, die Entwicklung ihrer Zweige nach bestimmten Schwerpunkten verlangt zugleich weitgehende und tiefgreifende Entscheidungen, die Inhalt der Strukturpolitik sind.

Durch wen und in wessen Interesse diese Entscheidungen für die Wirtschaft von morgen getroffen werden, hängt von der Gesellschaftsordnung ab. Im kapitalistischen Staat erfolgen die Strukturveränderungen auf der Linie des Konzernprofits, wobei sich der Staat mit den mächtigsten Wirtschaftsgruppen arrangiert und letztlich in ihrem Interesse bestimmte „Ordnungsfunktionen“ ausübt. Im sozialistischen Staat werden die planwirtschaftlichen Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt getroffen, eine möglichst hohe Zunahme des Nationaleinkommens (Nettosozialprodukt) zu erreichen.

Strukturpolitik 1968 — von welchen Tendenzen ist sie in der DDR gekennzeichnet? Das von der Volkskammer verabschiedete Gesetz über den Volkswirtschaftsplan gibt darüber Auskunft. Es entstand auf der Grundlage eingehender Diskussionen in den Betrieben, die ihre Planvorschläge ausarbeiteten. Bis in die Gewerkschaftsgruppen (zumeist die Meisterbereiche) gingen diese Aussprachen, die zu zahllosen nützlichen Vorschlägen und oft sehr kritischen Hinweisen auf notwendige Änderungen in Technologie, Arbeitsorganisation sowie für den Einsatz neuer Technik führten. Dieses Gesetz ist also unter wesentlicher Mitbestimmung der Gewerkschaften zustande gekommen. Sie wurden nicht zuletzt auch in den Ausschüssen der Volkskammer aktiv. Dem Plan liegen Analysen und prognostische Berechnungen der Staatlichen Plankommission sowie wissenschaftlicher Institutionen zugrunde.

Die Tendenz geht dahin, eine Reihe von Wirtschaftszweigen und Haupterzeugnissen besonders stark zu entwickeln, die im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution (also für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und eine entsprechende Modernisierung der Industrie) sowie für Binnenmarkt und Export ausschlaggebend sind. Dazu gehören Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Meß-, Steuer- und Nachrichtentechnik, wissenschaftlicher Gerätbau, die Produktion von Plasten (Kunststoffen), synthetischen Fasern und agrochemischen Erzeugnissen (speziell Düngemittel) sowie die 2. Verarbeitungsstufe der Metallurgie, also alles, was dort nach der

„ersten Hitze“ produziert wird. Ebenso gehören zu den Schwerpunkten die Maschinenerzeugnisse, die für Automatisierung und Rationalisierung der eigenen Wirtschaft gebraucht sowie lohnend exportiert werden.

Immer häufiger werden bei uns ganze Wirtschaftszweige und Branchen von strukturellen Krisen erfaßt: der Steinkohlenbergbau ringt mit dem Öl, in der Textilindustrie triumphieren die Automatensträben, neue Salzherstellungs- und Drucktechniken revolutionieren das Druckereigewerbe usw. Und immer kostet ein solcher Vorgang Zehntausenden und Hunderttausenden von Arbeitnehmern Berlin, Arbeitsplatz und die soziale Sicherheit.

Wie packt man in der DDR diese Dinge an, wie wird damit die sozialistische Wirtschaftsplanung fertig? Diese Frage interessiert in der Bundesrepublik immer mehr. Dr. Karl-Heinz Arnold, stellvertretender Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, hat sich freundlicherweise bereit erklärt, für uns eine Artikelserie über die Grundlagen der Wirtschaftsführung in der DDR zu schreiben. Wir glauben, damit unseren Lesern Antworten auf viele diesbezügliche Fragen geben zu können.

D. Red.

Damit ist zugleich die Richtung ange deutet, in der sich die DDR-Wirtschaft in den Jahren nach 1970 bis etwa 1980 entwickeln wird. Es ist einer der Vorfüze der sozialistischen Planwirtschaft und ihr eigentlicher Sinn, daß sie Entscheidungen auf weite Sicht im gesamtgesellschaftlichen Interesse ermöglicht. In diesem Zeichen wird die künftige Wirtschaftsstruktur der DDR charakterisiert sein durch zunehmende Mechanisierung und Automatisierung vieler Produktionsprozesse in ganzen Betrieben, ja Industriezweigen; durch den umfassenden Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung, was einen entsprechenden Ausbau der „Computer-Industrie“ vor-

aussetzt; durch die wachsende Chemisierung der Volkswirtschaft (also das verstärkte Eindringen von Chemieprodukten und chemischen Verfahren in andere Wirtschaftszweige), damit verbunden der Einsatz neuer hochbeanspruchbarer Werkstoffe; schließlich die friedliche Nutzung der Atomenergie, vor allem durch den Bau weiterer Kernkraftwerke.

So rechnet man bereits heute damit, daß 1980 in der DDR mindestens 100 000 bis 120 000 Beschäftigte in der Herstellung, der Einsatzvorbereitung und beim Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen tätig sein werden. Das entspricht der gegenwärtigen Beschäftigungszahl in der Braunkohlenindustrie. Ebenso wird es bereits heute als notwendig erachtet, daß mindestens jeder vierte der gegenwärtigen Schulanfänger ein Hoch- oder Fachschulstudium aufnehmen sollte, damit die voraussehbaren Aufgaben gemeistert werden können. Entsprechende Schritte werden bereits eingeleitet bzw. vorbereitet.

Ein Teil weit vorausschauender Entscheidungen für die künftige Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur wird in der DDR schon jetzt in die Lösung der aktuellen Jahresprobleme einbezogen. Dazu zählt beispielsweise das planmäßige Forcieren der Erdölvorarbeiten. Sie betrug 1964 reichlich vier Millionen Tonnen. Sie wird 1968 auf mehr als 8 Millionen Tonnen gesteigert und nimmt weiter zu. Darüber wurde im vorigen Jahr ein Regierungsabkommen mit der Sowjetunion unterzeichnet, das sich auf einen Zeitraum von fast 20 Jahren erstreckt.

Das sind Beispiele einer Strukturpolitik, die frei von profitsüchtigen Gruppeninteressen ist. Ich habe eine Reihe solcher Beispiele erwähnt, weil — wie mir scheint — die Mehrzahl der Bundesbürger auch über die vorausschauende Wirtschaftspolitik der DDR denkbar wenig informiert ist. Tatsächlich vollzieht sich in der DDR eine „Modellierung“ der Wirtschaft auf lange Sicht, konkretisiert in den jeweiligen Jahresplänen. Dabei handelt es sich um die Grundlinien, also nicht um das Regeln vieler Einzelheiten. Hier entscheiden die Betriebe selbstständig im Rahmen des Plans, der die gesamtwirtschaftlichen Proportionen in wenigen Eckzahlen festlegt und vor allem auf den Zuwachs an Nettosozialprodukt orientiert.

Eine volkswirtschaftlich sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ausgerichtete Entwicklung der Industrie- und Wirtschaftszweige: Das bedeutet Strukturpolitik in der DDR. Dazu gehört eine zunehmende Automatisierung. Der Leser in der Bundesrepublik, der die Konzernpraktiken auf diesem Gebiet und wahrscheinlich manche „Rationalisierungseffekte“ selbst kennt, wird mit Recht fragen: Wie machen sie's denn in der DDR? Mein nächster Beitrag wird darauf eingehen.

Tauziehen um den Rheinstahlplan

**Montankonzerne fordern Profitgarantie vom Steuerzahler
Nur eine gerechte Lösung: Bergbau in Gemeineigentum!**

Auch im elften Jahr der Kohlenkrise zeichnen sich noch immer keine Ansätze für die längst überfällige Neuordnung im westdeutschen Steinkohlenbergbau ab. Selbst die mit soviel Vorschußorbeeren bedachte Regierung Kiesinger/Brandt hat es bisher nicht geschafft, in den Steinkohlenrevieren wenigstens eine Reorganisation der Unternehmensform durchzusetzen. Nach wie vor steht der von Bundeswirtschaftsminister Schiller unterbreitete Plan, in Anlehnung an die Vorschläge des sogenannten Rheinstahlkreises eine einheitliche Betriebsführungsgesellschaft auf privatkapitalistischer Grundlage zu bilden, lediglich auf dem Papier.

Wenn der anlässlich der letzten Energiebedeckte im Bundestag verkündete „Neuordnungs“-Plan der Regierung, der ursprünglich schon bis zum Jahresende 1967 realisiert werden sollte, noch immer seiner Verwirklichung harrt, so gibt es dafür im wesentlichen zwei Gründe. Einmal zeigt das Bonner Kabinett selbst herzlich wenig Bereitschaft, gegen den Willen der Großaktionäre eine einheitliche Bergbaugesellschaft zu erzwingen, was nur einmal mehr beweist, wessen Interessen in diesem Staat allein zählen. Zum andern sind es die unterschiedlichen Konzernstandpunkte und -belange, an denen die Realisierung des Rheinstahlplanes, der sich im Prinzip mit den Vorstellungen der Bundesregierung deckt, bisher gescheitert ist.

Nun ist aber auch die Bergbaukonzeption der Regierung, für die Prof. Schiller fast ein Jahr brauchte, völlig undiskutabel, weil sie sich nicht an den volkswirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen orientiert, sondern ausschließlich die Interessen von Konzernen und Großunternehmen berücksichtigt und letzten Endes auf eine Forcierung des Gesundschrumpfungsprozesses hinausläuft, von dem sich die Großaktionäre weitere Milliarden-einnahmen versprechen.

Diese Feststellungen werden insbesondere durch die Tatsache erhärtet, daß man in der Bundesregierung mit ausdrücklicher Zustimmung der sozialdemokratischen Minister übereinkam, alle Neuordnungsvorschläge der IG Bergbau und Energie zu verwirfen und dafür entsprechend dem Rheinstahlplan der großen Montankonzerne eine einheitliche Betriebsführungsgesellschaft für den westdeutschen Bergbau „auf privater und freiwilliger Grundlage“ zu befürworten. Dabei soll der Gesellschaft nach den Worten von Minister Schiller die Aufgabe zufallen, „die Kohleproduktion auf die besten Zechen zu konzentrieren (A-Zechen)“ und „in kürzester Frist einen Generalplan für die erforderliche Stillegung der B-Zechen“ zu erstellen.

Mit dieser Entscheidung stellte sich die Bundesregierung auf den Standpunkt

der Initiatoren des Rheinstahlplanes, zu denen unter anderen Bankier Abs, BDI-Präsident Berg, Klöckner-Chef Henle, DIHT-Präsident Schneider und ATH-Chef Sohl gehören. Nun witterten die Konzern- und Bankherren Morgenluft. Sie verlangten zunächst vom Bund für die Betriebsführungsgesellschaft die Übernahme einer Bürgschaftsgarantie in Höhe von 360 Millionen DM, was bei der geforderten Laufzeit von 20 Jahren einen Pachtzins von insgesamt 7,2 Milliarden DM ausgemacht hätte.

Zu dieser geradezu unverschämten Pachtzins-Forderung der Konzerne mußte die Bundesregierung zunächst einmal nein sagen. Dies geschah sicherlich nicht aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, sondern vermutlich aus Rücksicht auf die angespannte Finanzlage des Bundes und den zu erwartenden Einspruch anderer Interessengruppen. Statt dessen offerierten die Minister Schiller und Strauß dem Rheinstahlkreis das Angebot, für die Dauer von 10 Jahren eine Ausfallbürgschaft von 2,5 Milliarden DM zu garantieren, was eine jährliche Gewinngarantie des Bundes von 250 Millionen DM bedeutet hätte. Aber selbst dieses mehr als großzügige Angebot Bonns fand bei den Initiatoren des Rheinstahlplanes keine Gnade. Das hatte zur Folge, daß die zum Jahresende 1967 geplante Bildung der Bergbau-Betriebsführungsgesellschaft auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden mußte.

Inzwischen haben die Konzernherren ihre Pachtzins-Forderung um 1,4 auf 5,8 Milliarden DM reduziert, aber zugleich die Zahlung einer Streckungs-Beihilfe verlangt. Diese soll 505 DM je Tonne betragen und für solche Förderkapazitäten gewährt werden, die nach Meinung der Bergbauunternehmer unverzüglich stillgelegt werden müßten, aber aus politischen Gründen eine Zeitlang aufrecht erhalten werden sollen. Um die Ausfall-Bürgschaft von 5,8 Milliarden DM sicherzustellen, hat der Rheinstahlkreis weiter verlangt, die Bergbau-Länder zur Zahlung des Pachtzinses heranzuziehen. NRW-Ministerpräsident Kühn enthielt, daß das Land durch den Rheinstahlplan in die Lage kommen könne, mit einem Anteil von 2,5 Milliarden DM an der Bürg-

schaft zahlungspflichtig zu werden. „Dann wären wir finanziell am Ende und könnten keine einzige Schule mehr bauen.“

Was die großen Montankonzerne mit dem Rheinstahlplan erreichen wollen, liegt klar auf der Hand. Sie möchten, daß der Bund, aber auch die Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland und damit letztlich die Steuerzahler, ohne irgendein Mitbestimmungsrecht in der Betriebsführungsgesellschaft zu besitzen, das ganze Risiko einer längst bankroten privatkapitalistischen Ordnung im Bergbau tragen, während sie selbst die Gewinne einzusteken denken, die ohne die Streckungsbeihilfe 290 Millionen DM pro Jahr betragen sollen. Aber nicht genug damit! Nach den Vorstellungen des Rheinstahlkreises sollen die Kraftwerke, Werkwohnungen und Grundstücke auf keinen Fall in die Betriebsführungsgesellschaft mit einbezogen werden, sondern auch weiterhin im Besitz der einzelnen Konzerne verbleiben, weil man sich von diesen äußerst lukrativen Unternehmenspartien einen zusätzlichen Gewinn verspricht.

Die Weigerung, Kraftwerke, Wohnungen und Grundstücke unter allen Umständen aus der Reorganisation auszuklammern, richtet sich aber auch gegen die kleineren, nicht stahl- oder energiegebundenen Gesellschaften. Diese freien Zechen haben keine Möglichkeiten, Teile ihres mit dem Bergbau verbundenen Vermögens auszugliedern und es wirtschaftlich in anderen Unternehmen zu verwenden. Die Folge ist, daß die Eigentümer der freien Zechengesellschaften trotz des vergleichsweise höheren Substanzwertes ihres der Einheitsgesellschaft zu übertragenden Vermögens gegenüber den Konzernen benachteiligt wären, da alle Altbesitzer den gleichen Pachtzins erhalten sollen. Das erklärt auch, warum hinter dem Rheinstahlplan nur etwa 60 Prozent der gegenwärtigen Bergbaukapazitäten stehen. Um dennoch eine einheitliche Haltung aller Gesellschaften zu erreichen, hat der Unternehmensverband Ruhrbergbau seine Mitgliedsunternehmen in ziemlich einsitzer Form über den Stand der Verhandlungen zur Bildung einer Betriebsführungsgesellschaft unterrichtet. Die IG Bergbau und Energie sieht darin den Versuch, „die bisher nicht beteiligten Zechengesellschaften auf den Rheinstahlplan festzulegen“.

Der Rheinstahlplan stößt bei den Funktionären der IGBE auf wachsenden Widerstand, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie befürchten, daß sich die Betriebsführungsgesellschaft zu einem Instrument des Zechensterbens entwickelt. Nach Meinung der Gewerkschafter geht der Rheinstahlplan von einer Jahresförderung von 77 Millionen Tonnen Kohle aus, auf die der Bergbau sich in den nächsten fünf Jahren „gesundschrumpfen“ soll. Auf Grund der vorliegenden Informationen würde das bedeuten, die Kohleförderung an der Ruhr im ersten Jahr nach

Inkrafttreten des Planes um 16 Millionen Tonnen zu reduzieren und in den beiden folgenden Jahren um je zehn Millionen Tonnen. In zwei weiteren Jahren sollen dann je fünf Millionen Tonnen Förderkapazitäten stillgelegt und die Kohlesförderung so auf die dann noch verbleibenden Schachtanlagen verteilt werden, daß deren Kapazität voll ausgelastet werden kann.

Es sind vor allem die Betriebsräte, die sich energisch dagegen wehren, daß als Folge des Rheinstahlplanes die Arbeitsplätze von rund 140 000 Bergarbeitern dem Streben der Konzerne nach Maximalprofiten geopfert werden sollen. So erklärte der Betriebsratsvorsitzende der Zeche „Recklinghausen“, Helmut Marmulla, Bundeswirtschaftsminister Schiller solle sich ins Stammbuch schreiben, daß die Rheinstahlösung für die Funktionäre und Mitglieder der IG BE nicht in Frage kommt. „Die Konzernbosse kassieren unsere Steuergelder in Höhe von fünf Milliarden DM und werden dann eine Zeche nach der anderen stilllegen. Die Stahlseite, die diesen Plan inspiriert hat, versucht mit einer Raffinesse ohnegleichen, die Öffentlichkeit über ihre wahren Beweggründe zu täuschen“, fuhr Marmulla fort. Die Rheinstahlleute hätten jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Betriebsräte der Zechen im Ruhrgebiet würden nicht tatenlos zusehen, wie dem Bergbau nach den Vorstellungen des Rheinstahlkreises eine Beerdigung dritter Klasse bereitet werde.

Zahlreiche SPD-Landtagsabgeordnete haben sich inzwischen der Kritik der Zechenbetriebsräte angeschlossen. So haben die vier sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten des Stadt- und Landkreises Recklinghausen, Heinrich Pardon, Heinz Netta, Franz Knauscher und Karl Steinhardt, den Rheinstahlplan entschieden abgelehnt.

Nachdem die Konzernherren nun einen weiteren Beweis dafür geleistet haben, daß sie unfähig sind, mit der Kohlenkrise fertig zu werden, sollte es jetzt die Aufgabe der IG BE sein, bei den Regierungen in Bonn und Düsseldorf auf die Realisierung ihrer Neuordnungsvorschläge zu drängen. Gestützt auf die Gewerkschaftssatzung müßte man dabei die Forderung nach Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum erheben, zumal der Vorschlag von Walter Arendt, eine Bergbau-Einheitsgesellschaft auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu bilden, an den Ursachen der Kohlenkrise ohnehin nichts wesentliches ändern wird.

Wenn die letzte große Chance für die Kohle und damit auch für die Erhaltung der Arbeitsplätze der Bergarbeiter nicht vertan werden soll, muß die IG BE endlich aktiv werden und konsequent dafür eintreten, daß entsprechend der Verfassung von Nordrhein-Westfalen die Überführung des Steinkohlenbergbaus mitsamt den Kraftwerken, Wohnungen und Grundstücken in Gemeineigentum erfolgt.

Fragwürdiges Steuersystem

**Der Staat gibt „zinslose Kredite“ an Unternehmer
Alle indirekten Steuern zahlt der Verbraucher**

In dem volkswirtschaftlichen Pressedienst der SPD setzt sich Rudi Dux kritisch mit der in unserem Steuersystem praktizierten indirekten Besteuerung der Verbraucher auseinander. Dabei bezieht er sich auf ein Gutachten des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzministerium, das sich dafür ausspricht, die Verlagerung der Steuerlast auf den Endverbraucher durch indirekte Steuern einzuschränken. Dieses Gutachten ist übrigens aus durchsichtigen Gründen auf den starken Widerspruch der Unternehmer gestoßen.

In dem Artikel von Dux, der durch die Einführung der Mehrwertsteuer und die dabei angewandten Praktiken besondere Aktualität bekommt, heißt es u. a.:

„Es ist eine Binsenwahrheit, daß die indirekten Steuern — und zwar gleichgültig, ob es sich um die Mehrphasenumsatzsteuer oder die jetzige Mehrwertsteuer, um Umsatzausgleichsabgaben, Abschöpfungen bei der Einfuhr oder um Zölle handelt — ausschließlich vom Verbraucher im Endverbrauchspreis bezahlt werden. Aber ebenso sind auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, seine freiwilligen Sozialleistungen, Lastenausgleichsabgaben usw. gesetzlicher Bestandteil dieser Endverbraucherpreise. Und viele Aufwendungen, die unter der Rubrik sozialer oder steuerlicher Belastung in der Kostenkalkulation stehen, sind in Wahrheit Ertragsbestandteile. Das ist dem Gesetzgeber wohl bewußt, wenn auch nicht dem Verbraucher, der sie aufzubringen hat.“

Der Gesetzgeber hat z. B. erlaubt, die steuerbefreiten Rücklagen für den Lastenausgleich, die über die Verbraucherpreise aufgebracht werden, in gleichfalls steuerfreie Gratisaktionen der Unternehmenseigner umzuwandeln. Er gestattet, daß sich die steuerbegünstigten Rückstellungen für Pensionen und andere betriebliche Sozialverpflichtungen, die ebenfalls die Verbraucher über die Preise aufbringen, im Laufe der Bilanzjahre aus angeblichen Fremdmitteln über Amortisation und Verzinsung in zusätzliches Eigenkapital verwandeln. Und auch die korrekt abgeführten Einnahmen an indirekten Steuern sind zumindest zeitweise und bis zu ihrer Abführung an das Finanzamt zinsfreie Kredite der öffentlichen Hand an die Unternehmer.

Selbst wenn man also nicht das ... schlechte Beispiel der überhöhten Preise aus den angeblichen Wirkungen der Mehrwertsteuer zum Anlaß der Betrachtung nimmt, ist ein Überdenken notwendig. Die am Ertrag ihrer Unternehmen orientierten und vom Staat zum Steuereinnehmer erhobenen Betriebsinhaber empfinden diese Funktion nicht als eine Hoheitsaufgabe, sondern halten die Ablieferung der Steuer obendrein für eine Schmälerung ihres Ertrages. Es ist fast natür-

lich, daß sie sich bemühen, davon so viel als möglich für sich selbst zu behalten ...

Für unsere gesellschaftliche Ordnung ist es bezeichnend, daß wir den Unternehmer allein schon aus der Wahl seines Geschäftszweiges her für prädestiniert halten, auch ohne Befähigungs- und Ehrlichkeitsnachweis, wenn auch unbesoldet, die Hoheitsfunktion eines Steuereinnehmers zu übernehmen... Deshalb wäre es auch heute besser, die Aufgabe der Staatsfinanzierung den dafür vorgesehenen staatlichen Instanzen und im Wege der direkten Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit zu überlassen.“

Zuzusetzen wäre diesen Feststellungen noch, daß auch die Bundesregierung ein begreifliches Interesse daran hat, ihren Staatshaushalt durch indirekte Steuern aufzufüllen, um damit zu verschleiern, was sie dem Staatsbürger aus seinem Einkommen abknöpft. Bei aller Kritik daran, daß die Einführung der Mehrwertsteuer vielfach zu unberechtigten Preiserhöhungen benutzt wird, darf man nicht übersehen, daß es der Bundesregierung gelungen ist, den Unmut über die neuen Steuerbelastungen auf jene abzulenken, die als „Steuereinnehmer“ für den Staat fungieren: Nicht die Regierung hat Schuld, sondern der Frisör. Die Tatsache aber, daß die Koalitionsregierung 8 Milliarden DM mehr Umsatzsteuer in ihrer mittelfristigen Finanzplanung einkalkuliert hat, verschweigt sie. -ger

ÖTV fordert 13. Monatseinkommen

Ein 13. Monatseinkommen für die 1,6 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes und die Erhöhung der Sozialzuschläge für die Arbeiter fordert die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Bei Abschluß des Tarifkonflikts im öffentlichen Dienst Anfang Dezember 1967 war zwischen der Gewerkschaft und den staatlichen Arbeitgebern vereinbart worden, bis zum Sommer 1968 ein Abkommen über die Erhöhung der Sozialzuschläge auszuhandeln. Diese Verhandlungen werden vermutlich im März beginnen.

Die Arbeitswerttheorie von Marx

Was gibt der Ware ihren Wert? Die Rolle des Geldes Verteilung des Geldes und Konkurrenzkampf

In der kapitalistischen Gesellschaft wird die Masse der Arbeitsprodukte als Waren produziert. Waren sind Arbeitsprodukte, die zum Zwecke des Tausches bzw. Verkaufes produziert werden und nicht für den persönlichen Bedarf des Produzenten oder eines Kollektivs von Produzenten. Die moderne kapitalistische Ökonomie besteht aus einem komplizierten Netz von Tauschbeziehungen. Hunderttausende von verschiedenen Warenarten müssen in der Gesellschaft in solchen quantitativen Proportionen produziert werden, daß Angebot und Nachfrage immer wieder in Übereinstimmung gebracht werden. Um zu verstehen, wie dieses komplizierte System funktioniert und geregelt wird, müssen wir zunächst das einfache Tauschverhältnis untersuchen, so, wie es bereits vor mehreren tausend Jahren entstanden ist.

Wenn Arbeitsprodukte als Waren ausgetauscht werden, liegt diesem Austausch ein bestimmtes Produktionsverhältnis zugrunde. Das Produktionsverhältnis der Warenproduktion ist durch gesellschaftliche Arbeitsteilung und durch das private Eigentum an den Produktionsmitteln charakterisiert. Der einzelne Produzent produziert seine Arbeitsprodukte privat, unabhängig von den anderen und hat daher die eigentumsmäßige Verfügung über dieses Arbeitsprodukte, d. h. kann es tauschen oder verkaufen (Privateigentum). Er produziert aber gleichzeitig für andere und ist auf die Produktion anderer angewiesen, um leben zu können (Arbeitsteilung). Das ist der sogenannte Grundwiderspruch der privaten Warenproduktion.

Die einfache Form der Warenproduktion, wie sie historisch entstanden ist, kann man beispielsweise so charakterisieren: Eine Familie produziert mehr Vieh, als sie selbst benötigt, aber weniger Getreide, als für ihre Versorgung und die Fütterung des Viehs notwendig ist. Eine zweite Familie produziert mehr Getreide, aber weniger Vieh, als sie benötigt. Beide Familien tauschen ihre Überschüsse gegenseitig aus, um ihre Lebensbedürfnisse besser befriedigen zu können. Diesen Austausch bezeichnen wir als Naturaltausch der Waren, $W - W$, eine Ware tauscht sich gegen eine andere Ware.

Ausgetauscht werden nur Waren mit verschiedenem Gebrauchswert, d. h. mit unterschiedlicher Nützlichkeit. Getreide wird niemand gegen Getreide' derselben Art und Qualität austauschen. Wieviel Stück Vieh jedoch werden gegen wieviel Sack Getreide eingetauscht? Die Grundlage, daß sich so verschiedene Dinge wie Vieh und Getreide überhaupt vergleichen und messen können, ist der Wert der Waren. Wieviel Getreide aber ist ein Stück Vieh „wert“ und umgekehrt? Es gibt offenbar nur ein Maß für das Vergleichen der verschiedensten Gebrauchswerte, das ist die Menge der Arbeit, die die Warenproduzenten für die Herstellung eines bestimmten Quantums eines Gebrauchswertes benötigen.

Die Arbeit, die Waren produziert, hat daher einen doppelten Charakter. Sie ist einerseits konkrete Arbeit, d. h., sie schafft ein Produkt mit bestimmten Gebrauchsgegenständen. Sie ist andererseits allgemeine Arbeit oder abstrakte Arbeit, d. h., sie schafft den

Zweite Folge:

Marxismus leicht gemacht

Von Dr. Heiner Wilms

(Siehe auch Heft 1/1968: „Die ökonomische Lehre von Karl Marx“)

Wert der Ware macht die unterschiedlichen Gebrauchswerte vergleichbar und damit austauschbar.

Wert ist also Arbeit. Aber nicht jede Arbeit schafft Wert, sondern nur diejenige Arbeit, die unter den Produktionsverhältnissen der Warenproduktion Arbeitsprodukte für den Tausch oder Verkauf produziert, die daher sowohl konkrete als auch abstrakte Arbeit ist. Abstrakte Arbeit ist also Arbeit, die privat verausgabt wird, aber für andere, also für die warenproduzierende Gesellschaft, bestimmt ist.

Die Größe des Wertes einer Ware wird bestimmt durch die Menge an Arbeit, gemessen in Zeit, die zur Herstellung einer bestimmten Ware notwendig ist. Natürlich produziert nicht der Faulste den größten Wert, sondern es gilt nur die auf einer gegebenen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte im gesellschaftlichen Durchschnitt notwendige Arbeit als wertbildende Arbeit. Genauso gilt komplizierte oder gelernte Arbeit, im Vergleich zur ungelerten, als multiplizierte einfache Arbeit, d. h., sie schafft in der gleichen Zeit einen größeren

Wert, entsprechend ihrem höheren Qualifikationsgrad. Das ist z. B. die Grundlage dafür, daß qualifizierte Arbeiter einen höheren Lohn erhalten als unqualifizierte.

Das ökonomische Grundgesetz der Warenproduktion, das den Austausch der Waren regelt, ist das Gesetz des Wertes. D. h., die Waren tauschen sich im Verhältnis der in ihnen enthaltenen Mengen an abstrakter Arbeit, oder: Sie tauschen sich zu ihren Werten.

Wenn die Produktionsverhältnisse der Warenproduktion sich entwickeln, d. h. die Arbeitsteilung sich vertieft, wird der Naturaltausch $W - W$ unmöglich. Jeder der vielen Warenproduzenten produziert nur eine oder wenige Arten von Waren. Jeder benötigt jedoch für sein Leben Hunderte der verschiedensten Waren. Wie sollte ein Schuhmacher im Mittelalter z. B. seine Schuhe gegen ein Haus tauschen, das er benötigt? Soviel Schuhe, wie das Haus wert ist, kann der Baumeister in seinem Leben nicht gebrauchen. Der Baumeister muß aber ebenfalls Hunderte von Waren erhalten, die er für sein Leben benötigt, und kann nicht nur von Schuhen leben.

Die gesellschaftliche Praxis schuf hier eine Lösung. Diese Lösung ist die Geldware. Als Geld dienten in frühen Zuständen der Warenproduktion in der Regel diejenigen Waren, die am meisten ausgetauscht wurden, z. B. Vieh, Getreide, Werkzeuge oder Metalle.

Geld ist eine Ware, die außer ihrem natürlichen Gebrauchswert einen gesellschaftlichen Gebrauchswert erhalten hat: Sie dient als allgemeines Äquivalent, d. h. als Tauschware für alle anderen Waren. Jeder Warenbesitzer muß seine Ware erst gegen die Geldware tauschen, d. h., er muß sie verkaufen. Mit Hilfe der Geldware kann er dann alle anderen Waren kaufen, die auf dem Markt angeboten werden. Aus dem Naturaltausch $W - W$ wird die sogenannte Warenzirkulation $W - G - W$, Tausch der Ware gegen die Geldware, Tausch der Geldware gegen eine andere Ware. Das Geld vermittelt den Warenaustausch. Der Schuhmacher verkauft jetzt viele Paar Schuhe, sammelt das Geld, bezahlt damit den Baumeister, und dieser wiederum kann für das Geld von den verschiedensten Warenproduzenten alle diejenigen Waren kaufen, die er benötigt.

Die einzige Geldware, die heute in der Welt existiert, ist das Gold. Das liegt an den praktischen Eigenschaften dieses Edelmetalls. Es verkörpert einen hohen Wert bei geringem Gewicht, weil viel Arbeit zu seiner Produktion aufgewandt werden muß; es ist wertbeständig und damit aufschätzbar, weil es nicht verdürbt; es ist leicht teilbar und so in Münzen prägbar. Gold ist in der Zirkulation heute überall durch Papierscheine ersetzt, die einen vom Staat festgelegten Zwangskurs haben. Der Staat legt fest, wieviel Gramm

Gold jede Währungseinheit besitzt (1 DM = 0,2221 Gramm Reingold). Wenn die Papiermark nicht mehr frei von jedem Bürger gegen Goldmark eintauschbar ist, kann der Staat seinen Finanzbedarf durch „Geldschöpfung“ decken, d. h. die Papiermark entwerten. Vermehrte Papiergelehrte im Lande senkt automatisch den Goldgehalt, die Preise steigen dann, die Währung wird entwertet. Wir nennen das Inflation. Sie führt in den Außenwirtschaftsbeziehungen zum Zahlungsbilanzdefizit und schließlich zur notwendigen Abwertung, d. h. Neufestsetzung des Goldgehaltes, der Währung (Pfundabwertung).

Sobald das Geld als Vermittler zwischen den Warenaustausch tritt, sprechen wir von einer Warenzirkulation. Der Warenproduzent bringt seine Waren auf einen (in der Regel) anonymen Markt und bietet sie zum Verkauf an. Auf dem Markt erzielt die Ware einen Preis. Dieser Preis ist nichts anderes als der Geldausdruck des Wertes der Ware, d. h., die Ware mißt ihren Wert in einem bestimmten Quantum der Geldware. Da alle Waren ihren Wert in der Geldware messen, werden sie im Preis alle untereinander vergleichbar.

Der Preis der Waren, d. h. heute diejenige Menge an Gold, gegen die sich die Waren verkaufen lassen, schwankt jedoch, liegt einmal über, einmal unter dem Wert der Ware. In einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden warenproduzierenden Gesellschaft kann niemand im vorhinein sagen, wieviel Schuhe denn wirklich gebraucht werden. Erst im Konkurrenzkampf um den Absatz ihrer Schuhe auf dem Markt können die Schuhproduzenten feststellen, ob sie zuviel oder zuwenig Schuhe produziert haben. Werden zuviel Schuhe im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage angeboten, wird jeder versuchen, durch Unterbieten des Preises der Konkurrenten seine Schuhe noch zu verkaufen. Oder umgekehrt: Werden zuwenig Schuhe angeboten, so werden die Käufer, um Schuhe zu erhalten, sich gegenseitig bei der Zahlung des Preises überbieten.

Hohe Preise für Schuhe, d. h. Tausch der Schuhe gegen ein Quantum Gold, dessen Wert größer ist als der Wert der Schuhe, informieren die Warenproduzenten, daß zuwenig Schuhe produziert worden sind. Das Privatinteresse wird die Schuhmacher veranlassen, mehr zu produzieren und wird neue Warenproduzenten dazu bringen, ein Geschäft im Schuhgewerbe zu eröffnen. Das geht so lange, bis das Angebot wieder mit der Nachfrage übereinstimmt und die Preise wieder sinken.

Niedrige Preise für Schuhe dagegen informieren die Schuhproduzenten, daß zuviel Schuhe auf dem Markt sind, sie müssen ihre Produktion einschränken, oder die Schwächeren werden im Kon-

Mifrii spart am Mutterschaftsgeld

Bund und Arbeitgeber entziehen sich ihrer Verpflichtung
Mutterschaftsgeld wird den Krankenkassen aufgebürdet

Die im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Entlastung des Bundes und der Arbeitgeber auf dem Gebiet des Mutterschaftsrechts ist verwirklicht worden. Danach haben die Krankenkassen der sozialen Krankenversicherung durch die Begrenzung und Pauschalierung der Zuschußverpflichtung des Bundes auf 400 DM für jeden Leistungsfall mit folgenden Mehraufwendungen zu rechnen, die durch Beiträge der Versicherten gedeckt werden müssen: 1968 = 50 Mill. DM, 1969 = 170 Mill. DM, 1970 = 180 Mill. DM, 1971 = 190 Mill. DM.

Nicht genug damit: Die Krankenkassen haben darüber hinaus noch weitgehend die bisherige Zahlungsverpflichtung der Arbeitgeber zu übernehmen. Bisher erhielten Frauen, deren Verdienst die für die Krankenversicherung maßgebende Versicherungsgrenze (jährlich 10 800 DM = monatlich 900 DM) bei 12 Gehältern überschreitet und die daher versicherungsfrei sind, während der Schutzfristen vor und nach der Entbindung das Netto-Arbeitsentgelt vom Arbeitgeber.

Künftig werden diese Frauen — soweit sie bei einem Träger der sozialen Krankenversicherung freiwillig versichert sind — ein Mutterschaftsgeld (höchstens 25 DM täglich) von ihrer Krankenkasse erhalten. Nur wenn der tägliche Netto-Verdienst diesen Höchstbetrag übersteigt, hat der Arbeitgeber den Differenzbetrag als Zuschuß zu zahlen. Durch diese Regelung wird der

konkurrenzkampf ruiniert und müssen das Gewerbe aufgeben. So wird das Angebot eingeschränkt, bis das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wiederhergestellt ist.

Der Wert ist also das Schwankungszentrum der Preise. Es ist unter den Bedingungen der Konkurrenz undenkbar, daß die Preise einer Warenart auf die Dauer wesentlich über ihrem Wert liegen, weil der arbeitslose Wertgewinn das Privatinteresse mobilisiert, an diesem Gewinn teilzuhaben. Nur wenn es einem Produzenten oder einer Gruppe gelingt, ein Monopol zu bilden, d. h. die Konkurrenz auszuschalten, ändert sich das. Doch darüber in einem späteren Beitrag mehr.

Das Wertgesetz regelt die Verteilung der Arbeit der warenproduzierenden Gesellschaft in solchen Proportionen, daß Angebot und Nachfrage immer wieder in Übereinstimmung gebracht werden. Aber es regelt diese Verteilung nach der Produktion spontan, über dem Markt. Daher führt es zum Kampf der konkurrierenden Interessen der einzelnen Warenproduzenten, zur Geldgier, zum Existenzkampf jeder gegen jeden, zum rücksichtslosen Ruin der Schwächeren, zur Bereicherung der Stärkeren.

Arbeitgeber weitgehend aus seiner bisherigen Zahlungsverpflichtung entlassen, wie das folgende Beispiel zeigt:

Bei einem monatlichen Brutto-Arbeitsverdienst von 1000 DM — vermindert um die gesetzlichen Abzüge (Lohn- und Kirchensteuer sowie Arbeitnehmeranteil zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung) von 230,88 DM — ergibt sich ein Netto-Verdienst von 796,12 DM monatlich = 25,64 täglich. Während der Schutzfristen, die im allgemeinen 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung betragen (14 Wochen plus Entbindungstag = 99 Tage), erhält die Versicherte 2538,36 DM.

Dieser Betrag wird wie folgt finanziert:

Zuschuß des Arbeitgebers:

99 Tage mal 0,64 DM
(25,64 DM minus 25 DM) = 63,36 DM

Leistungen der Krankenkasse:

99 Tage mal 25 = 2475 DM
Erstattung durch den Bund
400 DM = 2075,— DM

Kostenanteil des Bundes: 400,— DM

Insgesamt 2538,36 DM

Die DAG forderte zwar schon viele Jahre u. a. daß allen erwerbstätigen Müttern das Mutterschaftsgeld nicht mehr vom Arbeitgeber gezahlt werden sollte. Und der Bund war bei der Novellierung des Mutterschutzgesetzes im Jahre 1965 auch verpflichtet worden, diese gesellschaftspolitische Aufgabe zu übernehmen. Der entsprechende Paragraph 200d Abs. 1 lautete: „Der Bund erstattet den Kassen die nachgewiesenen Aufwendungen für das Mutterschaftsgeld nach den §§ 200a und 200b, soweit es den Betrag von 150 Deutsche Mark für den Entbindungsfall übersteigt, sowie eine Pauschale für Verwaltungskosten in Höhe von 4 vom Hundert des Erstattungsbetrages.“

Doch jetzt entzieht er sich der übernommenen Verpflichtung und wälzt die Kosten auf die Versichertengemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen ab. Weitere Beitragserhöhungen sind infolgedessen zu befürchten.

(Aus „DAG-Korrespondenz“)

Im Bewußtsein unserer Verantwortung als Staatsbürger und Werkträger wende ich mich, auch im Namen meiner Kollegen und Freunde, an Sie mit der Bitte, alle Möglichkeiten und Einflüsse auf die Gewerkschaften als demokratische Massenorganisation geltend zu machen, um die geplante Notstandsgesetzgebung zu verhindern. Ja, wir möchten sogar noch einen Schritt weitergehen und darauf hinweisen, daß wir als unbefangene, parteilose Bürger zu der Feststellung gelangt sind, daß dreierlei Probleme des täglichen Lebens, welche auch in die Gewerkschaftsarbeits hineinragen, im unzertrennlichen Zusammenhang stehen:

1. Die geplante Notstandsgesetzgebung;
2. die seit Jahren von den Gewerkschaften geforderte und von den Unternehmerverbänden sowie der Regierung verweigerte Mitbestimmung;
3. die von der Regierung sowie von den Unternehmerverbänden praktizierte Alleinvertretung.

Wenn man die Alleinvertretung näher unter die Lupe nimmt und im Zusammenhang mit der Weigerung nach Mitbestimmung sieht, kommt man zu dem Ergebnis, daß diese Alleinvertretung und die Kehrseite der Medaille, die Weigerung nach Mitbestimmung, ja nicht erst seit 1948 existiert, sondern schon seit über hundert Jahren von den herrschenden Kreisen geübt wird. Auf gut deutsch gesagt, ist der Alleinvertretungsanspruch nach außen hin nur die Fortsetzung der schon seit hundert Jahren praktizierten Herr-im-Hause-Taktik der Wirtschaftskapitäne nach innen. So ist auch die hartnäckige Verweigerung der Mitbestimmung und die Forderung der Unternehmerverbände nach der Notstandsgesetzgebung zu verstehen. Es ergibt sich also für die Gewerkschaften folgendes Bild:

Die Mitbestimmung und damit der soziale und demokratische Fortschritt sowie die erfolgreiche Abwehr antidemokratischer und antisozialer Maßnahmen lassen sich nur verwirklichen, wenn neben der geplanten Notstandsgesetzgebung auch der Alleinvertretungsanspruch fällt. Sie sind zwei Kinder ein und desselben Erzeugers, zu dem Zweck in die Welt gesetzt, den Fortschritt der Gesellschaft mit anderen Mitteln zu verhindern.

Rein gefühlsmäßig ahnt die Bevölkerung schon den Zusammenhang; daher prägte der Bundeskanzler auch die Formel von der Anerkennungspartei, welche als Dolchstoßlegende gedacht war. Es muß deshalb gelingen, die Gewerkschaften und die Bevölkerung über diese Zusammenhänge sachlich und wissenschaftlich aufzuklären.

H. Kampmeier, Lage

Von Berufsplanung keine Rede

Mit Arbeitsförderungsgesetz werden nur Pflasterchen auf die Wunden fehlender Berufsprognostik geklebt

Vor reichlich zwei Jahren bezeichnete der heutige Bundesfinanzminister Strauß die alarmierenden Hinweise von Wissenschaftlern auf die drohende Bildungskatastrophe als ein „saudummes Geschwätz“, und auch der ehemalige Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Claussen, erklärte auf der 2. Automationstagung der IG Metall 1965 im Namen der Bundesregierung, es wäre nicht gerechtfertigt, von einem bundesdeutschen Bildungsnotstand zu sprechen. Daß die herrschenden Kreise in Wirtschaft und Staat heute nicht mehr einhellig auf diesem Standpunkt stehen, offenbart u. a. der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) Bundesdrucksache 484/67, über dessen antisozialen Inhalt NACHRICHTEN seine Leser bereits in Nummer 12/1967 informierte.

Der Sinneswandel der herrschenden Kreise ist nicht etwa darin begründet, daß mit Hilfe des AFG den Arbeitern und Angestellten eine langfristige existentielle Basis ermöglicht werden soll, sondern er ist darauf ausgerichtet, angesichts des mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt einhergehenden objektiv notwendigen höheren Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte die Profite zu sichern, sich gegenüber der internationalen Konkurrenz und dort vor allem im Wettbewerb mit den sozialistischen Ländern zu behaupten. Außerdem wurde deutlich gemacht, daß die Arbeitnehmer die entstehenden Kosten für die Arbeitsförderung durch die Arbeitslosenversicherung bei gleichzeitiger Beschränkung der vorhandenen minimalen Mitbestimmungsrechte zum größten Teil selbst tragen sollen. Der antisoziale Charakter und die Beschränktheit des Gesetzentwurfs zeigt sich jedoch noch in weiteren Aspekten, von denen einige dargelegt werden sollen.

Im § 3 wird der Bundesanstalt für Arbeit die Aufgabe zugewiesen, dazu beizutragen, daß „die berufliche Beweglichkeit der Erwerbspersonen gesichert und verbessert“ wird. Mit anderen Worten soll für den Wechsel der Arbeit, der mit den technischen Strukturveränderungen einhergeht und dessen Gesetzmäßigkeit schon Marx nachwies, die entsprechende Mobilität der Arbeitskräfte ermöglicht werden. Die dafür in den §§ 34 bis 57 im einzelnen vorgesehenen Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung (berufliche Ausbildung, berufliche Fortbildung und berufliche Umschulung) zielen im wesentlichen dahin, die einzelnen Unternehmer von den Kosten, die diese Qualifizierungsmaßnahmen verursachen, weitgehend zu Lasten der Arbeitslosenversicherung und damit der werktätigen Bevölkerung zu befreien. Es fehlt jegliche Orientierung auf die inhaltliche Gestaltung der Förderung der beruflichen Bildung. Sie wird wiederholt lediglich davon abhängig gemacht, daß sie „nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig sein“ muß. Kein Wort ist im Gesetzentwurf zu finden, daß die

Arbeitnehmer entsprechend den Anforderungen der technischen Revolution mit technischen und naturwissenschaftlichen Grundkenntnissen ausgestattet werden müssen, die für ein bewegliches Arbeitsvermögen Grundvoraussetzungen sind.

Die vorgesehene Regelung läuft in der Praxis darauf hinaus, daß z. B. ein freigesetzter Bergarbeiter bei Schmälerung seines Einkommens (120 Prozent des Arbeitslosengeldes gleich 80 Prozent des Nettoverdienstes) in

Zahl der Angestellten steigt weiter

Das Statistische Bundesamt hat jetzt das Ergebnis einer Repräsentativumfrage zur Erwerbstätigkeit veröffentlicht. Danach gab es im April 1967 in der Bundesrepublik 12,3 Millionen Arbeiter und 9,1 Millionen Angestellte und Beamte. Damit hat sich im Zeitraum von vier Jahren die Zahl der Arbeiter um rund eine Million verringert, während die der Angestellten und Beamten nahezu im gleichen Ausmaß gestiegen ist. Noch vor einem Jahrzehnt war die Arbeiterzahl mehr als doppelt so groß wie die der Angestellten und Beamten, was anschaulich Tempo und Ausmaß der technischen Revolution verdeutlicht.

einem Lehrgang mit praktischen Fertigkeiten eines anderen Berufes vertraut gemacht wird. Dieser bietet ihm keine Garantie, ob er dann in diesem Beruf Beschäftigung findet bzw. daß nach wenigen Jahren die einseitig erworbenen beruflichen Fähigkeiten nicht wiederum entwertet sind und er unter großen Opfern das Spiel von vorn anfangen muß.

Um ein mobiles Arbeitsvermögen mit Hilfe einer beruflichen Fortbildung zu entwickeln — die berufliche Ausbil-

dung der Lehrlinge sei hier ausgeschlossen —, kommt es heute weniger darauf an, handwerkliche oder praktische Fertigkeiten zu vermitteln, sondern es sind fachtheoretische Kenntnisse nicht nur für einen, sondern für mehrere moderne Berufe bzw. Tätigkeitsbereiche zu entwickeln. Wenn im Gesetzentwurf diese Orientierung fehlt, dann ist das im Wesen des Kapitalismus begründet. Für das Kapital kommt es in erster Linie darauf an, für die gegenwärtige Profitproduktion disponibel einsetzbare Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Das ist heute nicht der Fall.

Im Zeitalter der technischen Revolution wird der Druck auf die Löhne und Kampfbedingungen der Arbeiter und Gewerkschaften durch eine Arbeitslosenarmee abgeschwächt, die vorwiegend aus Hilfsarbeitern oder Arbeitskräften besteht, deren berufliche Fähigkeiten entwertet sind. Um beispielsweise Lohn- und Gehaltsforderungen von Programmierern abzuwehren, nutzt der Hinweis der Unternehmer auf Arbeitslose herzlich wenig, weil der Arbeitsmarkt gegenwärtig keine erwerbslosen Programmierer aufzuweisen hat. Auch aus diesen Erwägungen sind Großkapital und Staat für eine gewisse berufliche Förderung. Ein Unternehmer ist aber nicht bereit, auf seine Kosten Arbeitskräfte auszubilden, die dann zu einem anderen abwandern. Das AFG soll diese im System liegende Schranke etwas anheben.

Die Arbeitskräftestruktur, die in 10 oder 20 Jahren benötigt wird, bleibt bei diesen Maßnahmen jedoch völlig unberücksichtigt. Das hat zur Folge, daß in dem Moment, wo gewisse Korrekturen der vorhandenen Disproportionen in der Beschäftigtenstruktur vorgenommen werden, diese bereits wieder veraltet sind und sich neue, noch größere Disproportionen auftun.

Ein weiterer Mangel des AFG besteht darin, daß auf eine im Interesse des technischen Fortschritts sowie der Arbeiter und Angestellten liegende Planung der Arbeitskräfte verzichtet wird. Die Bundesanstalt soll lediglich die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, der Berufe und der beruflichen Bildungsmöglichkeiten „beobachten, untersuchen und für die Durchführung der Aufgaben der Bundesanstalt auswerten“ (§ 7). Dazu sind einmalige oder regelmäßige statistische Erhebungen vorgesehen. Diese Statistiken können allenfalls vorhandene Talbestände der Arbeitskräftestruktur sichtbar machen. Davon ausgehend, wird es möglich, allgemeine Entwicklungstendenzen zu prognostizieren. Allerdings wäre das gegenüber der heutigen Situation ein gewisser Fortschritt, denn noch 1965 hatte der Präsident der Bundesanstalt, Sabel, langfristige Voraussagen über die berufliche Entwicklung als „verwirrend und irreführend“ abgelehnt.

Im gleichen Jahr hatte das Sachverständigen Gutachten bemängelt, daß

selbst „elementare Informationen“ für eine Nachwuchsprognostik fehlen. Wer jedoch glaubt, daß mit dem AFG dieser Mangel schnell aus der Welt geschafft werde, irrt, denn es soll 10 Jahre dauern, bis von dem inzwischen bei der Bundesanstalt geschaffenen Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung brauchbare und verwertbare Ergebnisse vorliegen (Frankfurter Rundschau 3. 11. 66). Selbst dann, wenn schon früher Forschungsergebnisse vorliegen sollten, würde die erforderliche Arbeitskräfteplanung auf Grund der einander kollidierenden Interessen zwischen Einzelbetrieb und Gesamtvolkswirtschaft behindert, wenn nicht sogar weitgehend unmöglich gemacht.

Für eine echte Arbeitskräfteplanung im Interesse der Arbeiter und Angestellten sind die begrenzten und partiellen Lösungen, die das AFG vor sieht, unzureichend. Eine langfristige, vorausschauende Arbeitskräfteplanung setzt grundlegende demokratische Reformen sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch des gesamten Bildungswesens voraus. Sie erfordert im Interesse der Arbeitnehmer eine gesamtvolkswirtschaftliche, demokratische Planung aller wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche, die Mitbestimmung der Arbeiterschaft in Betrieb, Staat und Gesellschaft und damit verbunden die Einschränkung der Verfügungsgewalt des Großkapitals über die Produktionsmittel.

Losgelöst von diesen grundlegenden Veränderungen, bleiben solche staatsmonopolistischen Regulierungen wie die Arbeitsförderung Stückwerk und dienen in erster Linie den Profit- und Machtinteressen der Konzerne und Monopole. Darum sollten die Gewerkschaften ihre berechtigte Kritik am AFG nicht losgelöst von der notwendigen demokratischen Gesamtaufmerksamkeit gegenüber dem antisozialen Herrschaftssystem in der Bundesrepublik entwickeln. Dr. Tu.

Rekord-Investitionen der Reeder

Wenn die Seeleute bessere Heuern und Arbeitsbedingungen fordern, stehen die Reeder gewöhnlich vor dem finanziellen Ruin und leben nur noch von „Verlusten“. Trotz Wirtschaftskrise aber konnten sie im Jahre 1957 1,2 Milliarden DM investieren. Das ist mehr als die doppelte Summe, die je in einem Jahr seit dem zweiten Weltkrieg bis 1965 investiert wurde, und 80 Prozent mehr als die 666 Millionen DM, die 1953 investiert wurden. Auch die Reeder sind kühl rechnende Unternehmer und haben offensichtlich begründete Aussicht auf gute Profite in der Schifffahrt.

PERSONALIEN

Prof. Dr. Fritz Baade, Direktor des Forschungsinstituts für Wirtschaftsfragen der Entwicklungsländer in Bonn und Kiel, wurde am 22. Januar 1968 75 Jahre alt. Baade, der viele Jahre Leiter des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel war, ist den Gewerkschaftern besonders bekannt wegen seines mutigen und fundierten Auftretens gegen die Rüstungspolitik und für Verständigung mit Osteuropa. Er ist der Autor des Buches „Der Wettkauf zum Jahr 2000“. Baade war nach dem ersten Weltkrieg zunächst in der USPD und später, bis heute, in der SPD tätig. 1918/19 war er Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Essen. Von 1934 bis 1948 weilte Baade in der Emigration in der Türkei und in den USA.

Richard Boljahn, DGB-Vorsitzender von Bremen, hat seine Funktion als SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bremer Bürgerschaft niedergelegt, jedoch sein Abgeordnetenmandat behalten. Boljahn war im Zusammenhang mit den Fahrpreiserhöhungen und Schülerdemonstrationen kritisiert worden, weil er Steuer- und Preiserhöhungen als Fraktionsvorsitzender genehmigt, als DGB-Vorsitzender dann aber abgelehnt hatte.

Ernst Boos, Leiter der Hauptabteilung Finanzen und Personal des Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik, ist am 24. Januar mit seinem Pkw tödlich verunglückt. Er gehörte seit 1957 dem geschäftsführenden Hauptvorstand an und wäre im April 64 Jahre alt geworden.

Horst Niggemeier, Pressechef der IG Bergbau und Energie sowie Chefredakteur des Gewerkschaftsorgans „einheit“, wurde Anfang Januar zum Bürgermeister der Stadt Datteln bei Recklinghausen gewählt.

Wilhelm Pawlik, Gründungsvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, ist Anfang Januar im Alter von 68 Jahren gestorben. Pawlik war seit der Gründung bis 1952 Vorsitzender der Gewerkschaft HBV. Er war bereits als 15jähriger in die Gewerkschaftsbewegung eingetreten und schloß sich später der Sozialistischen Arbeiterjugend an.

Rolf Spaethen, langjähriger Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hat jetzt den Vorsitz im Aufsichtsrat des „Deutscher Ring Krankenversicherungs-Verein AG“ niedergelegt. Spaethen war im Oktober vergangenen Jahres als DAG-Vorsitzender zurückgetreten und von Hermann Brandt abgelöst worden.

Ernst Strieller, geschäftsführendes Verstandsmitglied und Hauptkassierer der IG Metall, feierte am 20. Januar 1968 seinen 65. Geburtstag. Strieler, der 1918 dem Deutschen Metallarbeiterverband beitrat, wurde 1958 auf dem Nürnberger Gewerkschaftstag der IG Metall zum Hauptkassierer seiner Gewerkschaft gewählt.

- **13.—17. Mai**
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Offenbach/Main.
- **4.—8. Juni**
Kongress der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für Lehrer und Erzieher in Nürnberg.
- **7.—9. Juni**
Neuwahlen für die Selbstverwaltungsorgane von rund 2100 Sozialversicherungsträgern der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung in der Bundesrepublik in West-Berlin.
- **23.—27. Juni**
9. ordentlicher Gewerkschaftskongress der IG Bergbau und Energie in Dortmund. Antragsschluß am 17. März.
- **30. Juni—6. Juli**
6. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in München.
- **22.—24. August**
6. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kiel.
- **2.—7. September**
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in München.
- **16.—20. September**
7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen in Bremen.
- **16.—21. September**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in West-Berlin.
- **30. September—4. Oktober**
9. ordentlicher Kongress der Deutschen Postgewerkschaft in Koblenz.
- **7.—11. Oktober**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Bremen.
- **13.—17. Oktober**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft in Erbach/Odw.
- **20.—26. Oktober**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Koblenz.
- **29.—30. Oktober**
6. Bundesangestelltentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg.
- **21.—22. November**
7. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.
- **22.—23. November**
7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.

Statistische Täuschung ...

In einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes wird festgestellt, daß das Preisniveau des Sozialproduktes im Jahre 1967 mit 0,5 Prozent die geringste jährliche Zunahme seit mehr als zwölf Jahren zu verzeichnen hatte. Der Verbraucher wird sich über diese Feststellung nur wundern können, denn er hat im vergangenen Jahr weitauß erheblichere Preiserhöhungen bei den Waren und Dienstleistungen in Kauf nehmen müssen, die in seinem „Haushaltsetal“ eine wesentliche Rolle spielen.

Die Täuschung — beabsichtigt oder unbeabsichtigt? — des Verbrauchers besteht darin, daß das Statistische Bundesamt vom Preisniveau des Sozialproduktes spricht; das macht sich optisch sehr gut, der Endverbraucher aber hat aus seinem Geldbeutel den Ladenpreis zu zahlen. Im Sozialprodukt sind sämtliche Waren und Dienstleistungen enthalten, und auf das Preisniveau wirken nicht nur die Preisbewegungen der Waren und Leistungen des „Warenkorbes“, sondern auch die Preise für Güter, die als Rohstoffe eingeführt und verarbeitet werden, und ebenso die Waren, die in den Export gehen. Besonders im Bereich der Außenhandelspreise wie auch der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sind im Verlauf der Rezession Preisveränderungen nach unten erfolgt. So haben die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise für pflanzliche Produkte 1967 um etwa 7 Prozent unter dem Vorjahresniveau gelegen. Grundstoffe und Produktionsgüter waren um etwa 3 Prozent, Investitionsgüter um 1 Prozent und industrielle Verbrauchsgüter um 0,5 Prozent billiger.

Schon immer haben die Verbraucherverbände und Gewerkschaften lebhafte Kage darüber geführt, daß diese Preisnachlässe nicht über die Verteilerstufe an den Verbraucher gelangen, sondern im wesentlichen dazu benutzt werden, die Handelerträge zu erhöhen. Soweit es doch zu Verbilligungen kam, wurden sie aufgezehrt durch Preiserhöhungen in anderen Bereichen, vorwiegend bei Preisen, die durch die öffentliche Hand — Bundesregierung, Länder und Gemeinden — beeinflußt werden. So erhöhten sich die Lebenshaltungskosten 1967 vornehmlich durch die Mieterhöhungen nach dem Lücke-Plan, durch Preiserhöhungen in den öffentlichen Dienstleistungen (Gas, Wasser, Strom, Verkehrstarife) sowie durch die Anhebung der Tabak- und Mineralölsteuer. Angestiegen sind auch die Preise für Bildung und Unterhaltung sowie für Reinigung und Körperpflege. Insgesamt erhöhten sich die Kosten der Lebenshaltung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie um durchschnittlich 1,7 Prozent. Aber auch diese Zahl ist mit Vorsicht aufzunehmen, weil sie, wie alle statistischen Feststellungen, mit der Wirklichkeit differieren.

Es kann für den Verbraucher in der Bundesrepublik keineswegs ein Trost sein, wenn festgestellt wird, daß die

Preiserhöhungen für Waren und Dienstleistungen in den übrigen Ländern der EWG allgemein höher waren. Nach den Angaben des Statistischen Amtes der EWG-Kommission betrugen sie in Frankreich und Belgien 2,7 Prozent, in Luxemburg 2,2 Prozent, in den Niederlanden 3,1 Prozent und in Italien 3,3 Prozent.

Diese Preiserhöhungen aber waren mit zum Teil starken Lohnröhungen verbunden, so daß die realen Einkommen in diesen Ländern anstiegen. In der Bundesrepublik sind dagegen die Lohnbewegungen infolge der nicht immer verständlichen Rücksichtnahme der Gewerkschaften auf die krisenhaften Tendenzen „maßvoll“ geblieben und haben damit zu einer Verminderung der Lohnkosten je Erzeugungseinheit geführt, die wesentlich höhere Preisnachlässe, als in der Statistik nachgewiesen, gerechtfertigt hätten.

Zu guter Letzt:

Zur Befürwortung einer Investitionssteuer-Senkung durch den Wirtschaftsminister und deren Ablehnung durch den Finanzminister schrieb am 26. Januar Springer „Welt“:

„... Die Fronten sind seitsam vertauscht. SPD-Schiller und die Industrie auf der einen Seite mit der gemeinsamen Überzeugung, die Konjunktur müsse eine weitere Spritze erhalten; CSU-Strauß und die Bundesbank auf der anderen Seite vereint in der Ansicht, der Aufschwung komme auch so...“

Und wer im Kabinett ist auf der Arbeitnehmerseite und plädiert für eine „Lohn-Spritze“ zur Stärkung der Konjunktur?

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat
Herausgeber: Hainz Seager, 799 Friedrichshafen,
Erlenweg 3/9
Telefon 36 38, Postscheckkonto Stuttgart 96019

Redaktion: Gerd Siebert, 205 Hamburg 80,
Hornackring 31, Tel. 7 38 58 28

Für den Inhalt der Briefe

kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
 besteht kein Ersatzanspruch

Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altona,
Münsterstraße 9-11
Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement
150 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr

Beckdruck nur mit Quellenangabe gestattet